



www.laender-analysen.de/ukraine

**BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN OSTUKRAINE-KONFLIKT
DEBATTE UM DIE UNO-MISSION IM DONBAS
MIGRATIONSPOLITIK GEGENÜBER RUSSLAND**

■ ANALYSE		
»Gatekeepers« in Krisenzeiten: Wie Journalisten die Einflüsse auf Nachrichten über den Ostukraine-Konflikt wahrnehmen Von Antonia Schaefer, Bremen		2
■ GRAFIK ZUM TEXT		
Quellen der Nachrichten über die ATO-Zone in ukrainischen Onlinemedien		6
■ KOMMENTAR		
Die Debatte um den »Putin-Vorschlag« über den Friedenstruppeneinsatz in der Ostukraine Von Mikita Merzlou, Bochum/Bremen		7
■ DOKUMENTATION		
Stellungnahmen zu Putins Vorschlag über den Friedenstruppeneinsatz in der Ostukraine Zu den Ereignissen in den »Volksrepubliken« der Ostukraine: die »Malorossija«-Geschichte		9 11
■ STATISTIK		
Behinderungen der OSZE-Beobachtermission seit 2016		13
■ STATISTIK		
Die russisch-ukrainische Beziehungen: Änderungen in der Migrationspolitik		16
■ UMFRAGE		
Unterstützung für die Einführung der Visumpflicht für Reisen von Russland in die Ukraine und umgekehrt		20
■ CHRONIK		
26. Juni – 24. September 2017		23

»Gatekeepers« in Krisenzeiten: Wie Journalisten die Einflüsse auf Nachrichten über den Ostukraine-Konflikt wahrnehmen

Von Antonia Schaefer, Bremen

Zusammenfassung

Die konträre Berichterstattung im Ostukraine-Konflikt wurde von verschiedenen Seiten als Cyberwar, Informationskrieg oder gar Propaganda bezeichnet. In einer qualitativen Studie wurde untersucht, welche Einflüsse in dieser unübersichtlichen Konfliktsituation auf ukrainische und deutsche Journalisten einwirken. Besonders die Diskussion externer Einflüsse macht deutlich, wie ein von Unsicherheit, Fehlinformationen und plötzlich auftretendem Patriotismus geprägtes Umfeld Journalisten auf beiden Seiten zur Reflexion ihrer Rolle und ihrer Verantwortung veranlasst. Die Frage nach einem ethischen Umgang des Journalismus mit den Bedingungen des Informationskriegs bleibt ungeklärt.

Einleitung

»In der Ukraine haben wir ein großes Problem mit der Realität und der Interpretation der Realität. (...) Wir haben drei Realitäten. Es ist sehr kompliziert, das alles zusammenzufügen. Und deswegen ... ich meine, die Journalisten versuchen wirklich, objektiv zu sein. Sie versuchen zu zeigen, was passiert ist, aber manchmal ist das so mit der Realität – es ist einfach schwierig, sie nachzuvollziehen.« – unabhängige TV-Journalistin aus Kiew.

Als die Euromaidan-Proteste Ende 2013 Dimensionen annahmen, die auch eine internationale Berichterstattung nach sich zogen, begannen die medialen Interpretationen der Ereignisse immer stärker auseinanderzudriften. Russische, westliche und ukrainische Medien bildeten die Demonstrationen auf unterschiedliche, wenn nicht gar gänzlich konträre Weise ab. Während sich die Stimmung in der Ukraine weiter aufheizte, wurde der Konflikt in der Berichterstattung immer wieder als Cyberwar, Informationskrieg oder schlicht Propaganda bezeichnet. Während russische und westliche Medien als komplett widersprüchlich wahrgenommen wurden, wurde den ukrainischen Medien meist ihre journalistische Autonomie abgesprochen. Allerdings haben die Euromaidan-Proteste die Konditionen für ukrainische Journalisten verändert. Der systemische Wandel, etwa in Form des Niedergangs der Zensur oder des Entstehens neuer Medienprojekte wie Hromadske international, hat Bewegung in das sowjetisch geprägte sowie oligarchisch und staatlich beeinflusste System gebracht. Während ukrainische Journalisten an erster Stelle damit zu kämpfen hatten, den Konflikt in ihrem eigenen Land zu begreifen, sahen sich Auslandskorrespondenten durch die außergewöhnlichen Umstände des Konflikts in ihrer Berichterstattung eingeschränkt. In einer qualitativen Studie hat die Autorin zwölf ukrainische und deutsche Journalisten über Einflüsse auf ihre Berichterstattung über den Ostukraine-Konflikt befragt.

Externe Einflüsse als maßgeblicher Faktor

Was beeinflusst Nachrichten? Auf diese Frage scheint es schon in einem stabilen politischen Umfeld unzählige Antworten zu geben. Von individuellen über organisationsabhängige und externe Einflüsse bis hin zu allumfassenden ideologischen Faktoren – Kommunikationstheoretiker und Mediensoziologen beschreiben verschiedene Einflüsseebenen, die ein Ereignis durchläuft, bis es als Medienprodukt veröffentlicht wird. Während sich der wissenschaftliche Diskurs insbesondere mit der Handlungsfreiheit von Journalisten in Bezug auf Medieninhalte auseinandersetzt, ist der Konflikt im Fall der Ukraine als besondere externe Einwirkung zu werten, die die Arbeit von Journalisten über alle Einflüsseebenen hinweg maßgeblich prägt. Die befragten Journalisten nannten zwar auch routinierte Arbeitsabläufe, Medienorganisationsstrukturen und individuelle Faktoren als Einflüsse auf ihre Arbeit, der Fokus lag jedoch meist auf außerhalb der Medienorganisationen angesiedelten Einflüsseebenen. Diese werden im Folgenden erläutert.

Intendierte Einflussnahme – der Kampf um Deutungshoheit

Wenn Krieg herrscht, geht es den kriegsführenden Staaten immer auch um die Unterstützung der Bevölkerung. Dabei spielen Journalisten eine besondere Rolle. Dementsprechend versuchen Regierungen und Militärs in Kriegssituationen, Einfluss auf Medien zu nehmen. Über die maßgeblichen Akteure dieser Einflüsse im Ostukraine-Krieg sind sich deutsche und ukrainische Journalisten größtenteils einig: Die Teilnehmer der Studie sehen die russische wie auch die ukrainische Regierung sowie gesellschaftliche Akteure als Quellen bzw. Initiatoren intendierter Einflussnahme an.

Die Einflussnahme der ukrainischen Regierung bewerten die Befragten sehr unterschiedlich. Während

niemand das Vorhandensein eines gewissen Einflusses insbesondere auf ukrainische, staatliche und staatsnahe Medien abstreitet, äußern sich doch gerade die Mitarbeiter dieser Medien gespalten über staatlich veranlasste redaktionelle Einschränkungen. So erzählt eine Mitarbeiterin eines staatlichen Radiokanals, wie sehr sie die Restriktionen verabscheue. Laut Übersetzung durch die Dolmetscherin sagt sie: »(...) es ist total schlimm alles (...), die Journalisten müssen jeden Bericht nach Kiew schicken. (...) Und das wird dann von der Regierung kontrolliert und bewilligt.« Andererseits verteidigt ein Mitarbeiter eines regierungsnahen Fernsehsenders die Regelung, keine Separatisten zu zeigen, mit der Begründung, diese würden »Leute umbringen«. Unabhängige ukrainische Medien sowie die deutschen Auslandskorrespondenten verzeichnen keine direkten Eingriffe durch die ukrainische Regierung auf ihre Arbeit, sondern berichten eher von einem einfachen Zugang zu Regierungsinformationen, z. B. durch den häufigen Versand von Pressemitteilungen sowie über E-Mail-Verteiler oder Pressekonferenzen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Journalisten eine starke Einmischung der ukrainischen Regierung in die Arbeit staatlicher und staatsnaher Medien wahrnehmen. Unabhängige Medienkanäle hingegen erhalten Zugang zu PR-Material und können selbst entscheiden, in welchem Maße dieses genutzt wird.

In Bezug auf die russische Regierung wird ein indirekterer Einfluss beschrieben. Die ukrainischen Journalisten sind größtenteils davon überzeugt, dass russische Akteure hauptsächlich ukrainische Nachrichten diskreditieren. So schildert eine unabhängige Online-Journalistin, wie ihre Videos verändert und dann verbreitet wurden. Diese Form des Eingriffes wird von deutschen Journalisten nicht wahrgenommen. Als hauptsächliche Form der Einflussnahme werden auf beiden Seiten Internet-Trolle genannt. Um Journalisten zu beeinflussen, werden demnach gezielt Menschen beauftragt, mittels Kommentaren im Netz den Wahrheitsgehalt von Informationen infrage zu stellen.

Als letzten wichtigen Akteur wird auf gesellschaftliche Organisationen verwiesen. Ein ukrainischer Befragter erklärte, die OSZE sei zwar eine wichtige Quelle, er versuche aber, auch die von ihr vermittelten Informationen vor deren Veröffentlichung zu überprüfen. Eine deutsche Printjournalistin weist darauf hin, dass insbesondere Aktivistenorganisationen, wie »die Euromaidan Press zum Beispiel oder das UA Crisis Center, (...) einen sehr klaren Auftrag haben und eben Journalisten Informationen zur Verfügung stellen«. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass neben den verwickelten Regierungen auch soziale Akteure versuchen, Deutungs- hoheit im Ostukraine-Konflikt zu erlangen.

Publikumsfeedback als Grund zur Selbstzensur?

Das Publikumsinteresse aufrechtzuerhalten ist eine der größten wirtschaftlichen Sorgen jedes Medienunternehmens. Außer durch Leserbriefe war es Rezipienten vor dem Aufkommen des Web 2.0 kaum möglich, auf Medieninhalte zu reagieren. Heute erhalten Journalisten über Kommentarspalten oder soziale Medien sofort Rückmeldung im Netz. In Bezug auf Medieninhalte über den Ostukraine-Konflikt – so bestätigen alle Befragten – ist der Ton der Kommentare besonders aggressiv. Insgesamt lässt sich festhalten, dass keiner der Journalisten einen direkten Einfluss von negativem Feedback auf seine Arbeit beschreibt. Das ist womöglich aber auch darauf zurückzuführen, dass der Einfluss auf einer eher unbewussten Ebene zum Tragen kommt. Auch Faktoren sozialer Erwünschtheit sind nicht auszuschließen. Allgemein nehmen die deutschen Journalisten das Feedback ernster als ihre ukrainischen Kollegen, die auch aufgrund der Alltäglichkeit von beleidigenden Kommentaren eine gleichgültige Haltung an den Tag legen. Dennoch berichtet ein ukrainischer Journalist, der für deutsche Medien arbeitet, Hasskommentare gegen kritische Stellungnahmen hätten seine ukrainischen Kollegen zur Selbstzensur getrieben.

Quellensuche – zwischen Ungewissheit und Glaubwürdigkeit

Der Staat, das Publikum, die Quellen – diesen drei Faktoren wird in der Medieneinflusstheorie gleichviel Gewicht beigemessen. Die Ergebnisse dieser Forschung zeigen hingegen, welche außergewöhnlich großen Einfluss Nachrichtenquellen in Kriegssituationen auf Medieninhalte haben. Dabei spielen Quellenzugang, die Auswahl der Quellen und deren Glaubwürdigkeit besonders große Rollen. Weil sich Auslandsjournalisten zunächst zurechtfinden müssen und weniger von Kultur und Sprache verstehen, wird gemeinhin angenommen, dass sie einen schwierigeren Zugang zu Quellen haben. In der Ukraine war dieses Verhältnis in Bezug auf Informationen über die Donbas-Region zunächst umgekehrt, wie eine ukrainische Journalistin bemerkt: »Wir hatten nicht die Möglichkeit, dort [im Osten] zu arbeiten, deshalb haben wir nur über die Auslandskorrespondenten mitbekommen, was dort passierte.« Im Laufe der Zeit änderte sich dieser Zustand, sodass auch internationale Journalisten nicht mehr in die sogenannten Volksrepubliken einreisen konnten. Während der Interviews im April 2017 hatte keiner der Befragten mehr Zugang zu den besetzten Gebieten.

Bei der Methode der Quellenauswahl beschreiben die Interviewten häufig Unsicherheiten. Die Journalisten folgten hier anscheinend keinen routinierten Mus-

tern, sondern wählten Quellen eher spontan und persönlich aus. Alle Befragten halten fest, dass sie eher Quellen wählten, die sie persönlich kannten, oder solche, auf die sie von persönlichen Kontakten hingewiesen wurden. Demnach bezogen sich die deutschen Journalisten eher auf Experten, andere Auslandskorrespondenten oder Freelancer, die schon länger für ihre Medienorganisation tätig waren. Die Ukrainer bezogen sich zwar ebenfalls auf persönliche Kontakte, weniger aber auf Kollegen. Viele der Befragten betonen, die Auswahl im Konflikt beruhe letztlich aber immer auf Intuition und Zufall.

Welche Arten von Quellen verwendet wurden, hing stark mit den Medien zusammen, für die der jeweilige Journalist arbeitete. Wenig überraschend lehnten es ukrainische Journalisten privater und staatlicher Medien ab, separatistische oder russische Quellen mit aufzunehmen, während sie es für notwendig befanden, über die offizielle ukrainische Sichtweise zu berichten. Deutsche Korrespondenten und unabhängige ukrainische Journalisten betonen, alle Meinungen müssten abgebildet werden, gleichzeitig bestehe aber die Notwendigkeit, die Quellen zu überprüfen.

Welche Art von Quelle verwendet wird, hängt stark mit der Wahrnehmung von deren Glaubwürdigkeit zusammen. Alle Befragten äußern Unsicherheiten darüber, wann eine Quelle als vertrauenswürdig einzuschätzen ist. Interessanterweise stufen alle Journalisten die OSZE als unabhängige und vertrauenswürdige Quelle ein. Außerdem beobachten alle Interviewpartner, dass widersprüchliche Informationen von verschiedenen Seiten kursierten. Während offiziellen russischen Quellen grundsätzlich wenig Glaubwürdigkeit zugesprochen wird, wird die ukrainische Regierung von ukrainischen Journalisten als glaubwürdiger angesehen. Die deutschen Befragten sehen hingegen keinen Unterschied zwischen beiden. Strategien zum Umgang mit widersprüchlichen Informationen, wie zum Beispiel verschiedene Meinungen gegeneinanderzustellen, werden zwar als notwendig empfunden, die Journalisten hinterfragen diese jedoch auch. Wenn es Zugang zu Beweisen gab, griffen die Journalisten am liebsten zur Kontextualisierung. Das größere Problem stellt für die meisten aber der Umgang mit nicht überprüfbaren Informationen dar. In der undurchsichtigen Konfliktsituation haben Journalisten die abstrakte Angst entwickelt, Informationen zu verbreiten, die den Konflikt weiter befeuern könnten.

Einheitsbrei? Einfluss von Medien aufeinander

Ukrainische Journalisten geben an, in den ukrainischen Mainstreammedien sei eine einzige Meinung über den Konflikt vorherrschend. Diese wird als »Kontra-Propa-

ganda« gegenüber der russischen Darstellung des Konfliktes ausgelegt. Es ist allerdings anzunehmen, dass diese gemeinsame Meinung nicht an erster Stelle auf eine Zusammenarbeit der Medien, sondern vielmehr auf abstrakte diskursive Strukturen zurückzuführen ist. Deutsche Journalisten stellen hingegen in den Vordergrund, dass in ihren Medien verschiedene Meinungen präsent sind. Korrespondenten vor Ort tauschten sich über Ideen und die Wichtigkeit von Ereignissen aus, eine gemeinsame Meinung entstehe dadurch jedoch nicht. Darüber hinaus beschreibt eine deutsche Print-Journalistin am Beispiel des Begriffs »Separatisten«, dass einige Worte in der Medienlandschaft auftauchen, die viele Journalisten nach einiger Zeit selbstverständlich benutzen. Trotz dieser begrifflichen Annäherung schildert ein deutscher Befragter, wie sich unter Auslandskorrespondenten im Laufe der Zeit eine differenziertere Wahrnehmung von dem Konflikt und eine differenziertere Berichterstattung über ihn herausgebildet habe.

Übergeordnete Einflüsse – Berichterstattung in der Ukraine und in Konfliktzeiten

Die Befragten verweisen immer wieder auf die besonderen Umstände des Ostukraine-Konfliktes. Zunächst beschreiben die deutschen Studienteilnehmer ihr anfängliches Unwissen über die Ukraine und betonen, dass sie viel Zeit benötigten, um die Dynamiken der Lokalpolitik und deren kulturelle Wurzeln zu begreifen. Interessanterweise äußerten Befragte aus der Ostukraine ähnliche Bedenken über ihre Kollegen aus der Westukraine in Bezug auf deren Berichterstattung über den Osten. Beide Gruppen unterstreichen die Wichtigkeit von persönlicher Präsenz, um das Geschehen vollständig zu verstehen – eine Einschätzung, die insbesondere durch den limitierten Zugang zur Ostukraine Relevanz bekommt.

In einer Kriegssituation zu berichten bedeutet immer auch, sich einem Risiko auszusetzen. Ukrainische und deutsche Journalisten bewerten die Risiken ihrer Arbeit recht unterschiedlich. Die Ukrainer befürchten eher, für ihre Arbeit bestraft zu werden. Zwei sprechen von einer »schwarzen Liste« der Separatisten, die Daten unliebsamer Journalisten veröffentlichen. Zwei weitere geben an, aus Angst, getötet zu werden, nicht mehr in die Ostukraine reisen zu wollen (selbst wenn sie es könnten). Die Auslandskorrespondenten hingegen sehen eher die Gefahr, in akuten Konfliktsituation verletzt zu werden. Insgesamt betonen sie die Risiken stärker als ihre ukrainischen Kollegen. Diese konstatieren aufgrund der persönlicheren Bedrohung jedoch wiederum einen größeren Einfluss der Risiken auf ihre Arbeit.

Eine übergeordnete Rolle spielt auf beiden Seiten die geringe Erfahrung damit, in Kriegssituationen zu

berichten. Eine ukrainische Journalistin fasst die Situation für die Ukrainer zusammen: »Die Ukraine hat keine Kriegserfahrung und als es anfang, war niemand bereit, auch die Journalisten nicht. Manchmal denke ich auch jetzt, dass wir noch nicht bereit sind. Nicht bereit für die Propagandaattacken, die Informationsattacken. Wissen Sie, wenn sie ständig hören, dass Menschen gestorben sind, Soldaten gestorben sind, das ist wirklich schwierig.« Gerade an diesem Zitat wird jedoch deutlich, dass es auf der ukrainischen Seite nicht bloß um fehlende Erfahrung in der Kriegsberichterstattung geht. Es wird auch die Schwierigkeit formuliert, möglichst objektiv über einen Krieg im eigenen Land zu berichten – ein Problem, das sich für die deutschen Journalisten nicht stellt. Diese betonen eher die Schwierigkeit, die vielschichtige Natur des Konfliktes zu analysieren und ihrem Publikum in Deutschland verständlich zu übermitteln. Die fehlende Transparenz in diesem Konflikt, der sich als hybrider sowie als Informationskrieg klassifizieren lässt, stellt für den vergleichsweise jungen freien Journalismus der Ukraine wie auch für die deutlich ältere journalistische Tradition in Deutschland eine Herausforderung dar. Insgesamt wurde diese Situation aber besonders von ukrainischen Journalisten nicht nur als Hürde, sondern eher als Chance dargestellt, Verantwortung für Medieninhalte und ihre Wirkung zu übernehmen.

Hegemoniale nationale Diskurse

In der Kommunikationstheorie wird häufig der »Ideologie« das höchste Maß an Einfluss auf Medieninhalte zugesprochen. Da keiner der Befragten eine solche ideologische Struktur erwähnt, wird in dieser Studie mit dem Begriff »prädominanter nationaler Diskurs« gearbeitet. Dieser unterscheidet sich von der »Ideologie«, indem er nicht allein durch die Bedürfnisse der »Macht-haber« bestimmt wird.

Die deutschen Befragten haben beobachtet, dass die deutsche Bevölkerung den Ukraine-Konflikt größtenteils über Russland definiert. Auch die Korrespondenten selbst würden gern »die Putin-Brille« aufsetzen. Andere, in der Ukraine angesiedelte Aspekte seien häufig weniger relevant für die Bevölkerung und würden demnach auch weniger abgebildet. Was die Rolle Russlands im Konflikt angeht, so sprechen die deutschen Korrespondenten meist von zwei Meinungen in der deutschen Bevölkerung – einer sehr pro-europäischen Argumentation auf der einen und einer eher pro-russischen Argumentation auf der anderen Seite. Mit »pro-europäischer Argumentation« ist hier gemeint, dass Russland als Hindernis für eine Annäherung der Ukraine an die EU gesehen wird. Diese Annäherung gilt als erstrebenswert. Die »pro-russische Argumentation« hingegen stellt Russland als missverstandenen Akteur dar, der zu Unrecht

von der westlichen Welt angegriffen wird. Diese Argumentation, so erklären einige Teilnehmer, hänge mit auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehenden Schuldgefühlen Deutschlands gegenüber Russland zusammen. Eine differenzierte Auseinandersetzung innerhalb der Medieninhalte zu leisten sehen die Korrespondenten als unproblematisch an, weil sie in beiden diskursiven Welten – der ukrainischen und der deutschen – leben und arbeiten und dadurch eine Außenperspektive einnehmen können. Das hat eine relativierende Wirkung auf den direkten Einfluss eines nationalen Diskurses.

Die ukrainischen Journalisten beschreiben hingegen einen entscheidenden Einfluss des Diskurses auf ihre Arbeit. Als Hauptfaktor wurde ukrainischer Patriotismus und damit einhergehend die steigende Abgrenzung von der Bevölkerung im Osten des Landes genannt. Diese Abgrenzung unterscheidet nicht zwischen Kämpfern, Demonstranten und Zivilbevölkerung. Auf ihre Arbeit bezogen sehen die Journalisten kaum Möglichkeiten, von der patriotischen Einstellung abweichende Meinungen zu äußern, ohne dass diese vom Publikum skandalisiert werden. Daraus lässt sich schließen, dass unabhängige Medien von Regierungsseite zwar toleriert werden, dass die Möglichkeiten für Journalisten, verschiedene Meinungen darzustellen, aber beschränkt sind.

Schlussfolgerung

Die Wahrnehmungen der Journalisten können nicht den gesamten Umfang der Einflüsse auf Nachrichten darstellen, insbesondere da die Journalisten von ihren Aussagen persönlich betroffen sind. Gerade in einer aktuellen Konfliktsituation wie dem Ostukraine-Konflikt können ihre Beobachtungen der speziellen Umstände jedoch einzigartige Einblicke ermöglichen. Diese Studie zeigt, was die außergewöhnlichen externen Einflüsse auf den Konflikt für deutsche Auslandskorrespondenten und ukrainische Journalisten bedeuten. Während die beiden Gruppen teils deutlich unterschiedliche Einflüsse auf ihre Arbeit schildern, lässt sich insgesamt erkennen, dass der Umgang mit Unsicherheit, Fehlinformationen und plötzlichen Ausbrüchen von Patriotismus Journalisten auf beiden Seiten zur Reflexion ihrer Rolle und ihrer Verantwortung geführt hat. In einer Umgebung, die von widersprüchlichen Informationen sowie offenen und verdeckten Zwängen geprägt ist, wird die Spannung zwischen Objektivität und Wahrheit offensichtlich. Journalismus muss sich heute mit der Frage auseinandersetzen, wie ein professioneller ethischer Umgang mit den komplexen Strukturen von Informationskriegen möglich ist.

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Antonia Schaefer arbeitet als freie Journalistin unter anderem für die Deutsche Presse-Agentur, den Weser-Kurier und die Funke Mediengruppe in Bremen und Hamburg. Sie hat an der Universität Bremen und der Jacobs University Bremen International Relations studiert und währenddessen Interesse an Osteuropa gewonnen. Nachdem sie in Kiew gemeinsam mit ukrainischen Journalisten einen Workshop am Goethe-Institut geleitet hatte, beschloss sie, auch ihre Masterarbeit zur Ukraine zu schreiben. Diese wird hier in Auszügen präsentiert.

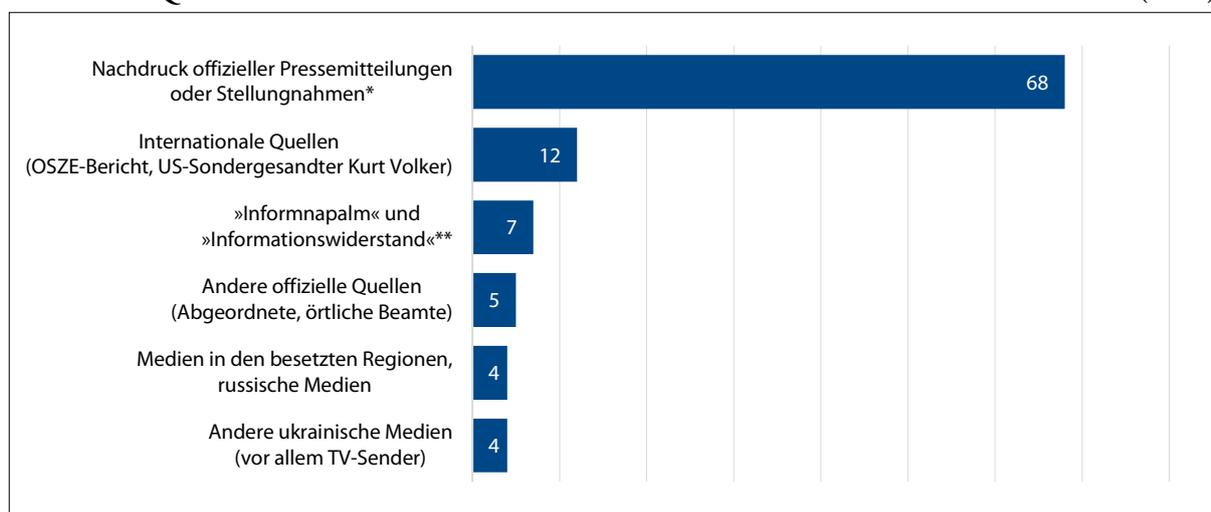
Lesetipp:

Antonia Schaefer: »Gatekeepers in times of crisis – journalists' perception of influences on media content during the Ukraine conflict«, M. A. thesis, Jacobs University/Universität Bremen, <<http://antoniachsaefer.wixsite.com/antoniaschaefer/akademische-arbeiten>>

GRAFIK ZUM TEXT

Quellen der Nachrichten über die ATO-Zone in ukrainischen Onlinemedien

Grafik 1: Quellen der Nachrichten über die ATO-Zone in ukrainischen Onlinemedien (in %)



* wie etwa des Pressezentrams des ATO-Stabs (untersteht dem Sicherheitsdienst der Ukraine), der Polizei der Regionen Donezk und Luhansk, des Sprechers des Verteidigungsministeriums der Ukraine und der ukrainischen Seite des Gemeinsamen Zentrums zur Koordination und Kontrolle der Waffenruhe (SZKK)

** ukrainische Freiwilligeninitiativen, die Informationen über die Einflussnahme Russlands im Ostukraine-Konflikt sammeln und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen

Anmerkung: Die Daten, die der Grafik zugrunde liegen, sind die Ergebnisse eines Monitorings, das vom 23. bis zum 30. Juli 2017 durch das Kiewer Institut für Masseninformaton durchgeführt wurde. Insgesamt wurden alle Nachrichten über die ATO-Zone untersucht, die innerhalb von einer Woche in elf Onlinemedien (Ukrainska Prawda, Liga.net, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent.net, 112.ua, LB.ua, Strana.ua, Obosrewatel, Zensor.net, Westi) erschienen sind. Die Gesamtzahl der untersuchten Nachrichtenpublikationen über die ATO-Zone beträgt 548, was 7 bis 9 % aller Nachrichten in diesem Zeitraum entspricht.

Quelle: Kiewer Institut für Masseninformaton, <<http://imi.org.ua/monitorings/nul-bez-palychky-novyny-pro-zonu-ato-v-ukrajinskyh-onlajn-zmi/>>

Die Debatte um den »Putin-Vorschlag« über den Friedenstruppeneinsatz in der Ostukraine

Von Mikita Merzlou, Bochum/Bremen

Inmitten der Diskussion über die US-Waffenlieferungen an die Ukraine und die andauernden gegenseitigen Vorwürfe und Beschimpfungen aller vom Ostukraine-Konflikt betroffenen Seiten verkündete Wladimir Putin am 5. September 2017, einen Resolutionsentwurf in die UNO einbringen zu wollen. Diesem zufolge sollen UNO-Friedenstruppen in der Ostukraine eingesetzt werden, um den Waffenstillstand, welcher zwischen der Ukraine und den prorussischen Separatisten 2015 in Minsk beschlossen wurde und sich bisher als labil erwiesen hat, sicherzustellen. Der unerwartete Vorschlag Russlands wurde schnell zum Gegenstand heftiger Diskussionen.

Die Idee, UNO-Friedenstruppen in der Ukraine einzusetzen, geht nicht auf den russischen Staatspräsidenten zurück. Die Ukraine befürwortet einen Friedenstruppeneinsatz bereits seit zwei Jahren, Russland hat ihn jedoch bisher verhindert bzw. blockiert. Im Jahr 2016 wandte sich der ukrainische Präsident der Idee des Einsatzes einer »bewaffneten OSZE-Polizeimission« in der Ostukraine zu, denn ein möglicher UNO-Friedenstruppeneinsatz könnte aus Kiews Sicht von Russland instrumentalisiert werden. Als Veto-Macht im UNO-Sicherheitsrat kann Russland direkten Einfluss auf die Gestaltung eines UNO-Friedenstruppeneinsatzes nehmen, sich als Friedensstifter präsentieren sowie die ganze Schuld für den Bruch des Waffenstillstands auf die Ukraine schieben, falls diese sich einer solchen Option widersetzen würde. Außerdem finden »Blauhelmeinsätze« oft in Regionen statt, in denen ein »ziviler Konflikt« vorliegt, was der ukrainischen Bewertung der blutigen Geschehnisse in der Ostukraine vollkommen widerspricht. Moskau betrachtet diese dagegen als »innerukrainischen Konflikt«.

Insgesamt haben sich die von Russland vorgeschlagenen Grundlagen für einen UNO-Friedenstruppeneinsatz als höchst umstritten erwiesen. Der Vorschlag Putins gründet sich auf zwei Bedingungen (s. Dokumentation auf S. 9). Zum ersten sollen die eingesetzten UNO-Friedenstruppen ausschließlich entlang der Kontaktlinie stationiert werden. Zum zweiten sollen sie ihre Mission nur im Einvernehmen mit der Führung der abtrünnigen ostukrainischen »Volksrepubliken« erfüllen bzw. das Mitspracherecht der Separatisten akzeptieren.

Hiervon ausgehend reagierten Kiew und Berlin auf Russlands Vorschlag. Indem es verlautbarte, diesen »zur Kenntnis genommen« zu haben, begrüßte das ukraini-

sche Außenministerium im Rahmen seiner offiziellen Stellungnahme die Idee eines Friedenstruppeneinsatzes in der Ostukraine. Kiew brachte jedoch große Zweifel gegenüber dem russischen Vorschlag zum Ausdruck. So lehnte die Ukraine die von Russland vorgeschlagenen Grundlagen eines solchen Friedenseinsatzes ab, da diese ausschließlich die Interessen Russlands – und damit aus Kiews Sicht die einer feindlichen Konfliktpartei – fördern würden. Dem ukrainischen Außenministerium zufolge sollte ein Friedenstruppeneinsatz im Donbas allein mit Kiew und auf keinen Fall mit den Separatisten abgesprochen werden. Des Weiteren geht Kiew davon aus, dass die Friedenstruppen nur dann zu einem dauerhaften Frieden beitragen können, wenn sie nicht nur entlang der Kontaktlinie, sondern auch an der russisch-ukrainischen Grenze sowie auf dem ganzen abtrünnigen Gebiet eingesetzt werden. Nur dann könne mithilfe der Blauhelme ein wirklicher Abzug der »Besatzungstruppen und der Militärtechnik des Aggressorstaates Russland« und der »Söldner« sichergestellt werden (s. Dokumentation auf S. 9–10).

Die prompte Reaktion des deutschen Außenministers dürfte auf den ersten Blick als allzu optimistisch bewertet werden, denn Sigmar Gabriel ging auf die Vorbehalte Kiews nicht ein. Mit der Aussage »ausgesprochen froh« über den Vorschlag Putins zu sein, beschränkte er sich auf eine grundsätzliche Begrüßung einer solchen Initiative. Auf diese kurze und optimistische Reaktion folgte allerdings eine gemeinsame ausführliche Stellungnahme des Außenministeriums und der Bundesregierung (s. Dokumentation auf S. 10–11). Dieser ist zu entnehmen, dass sich die Bundesrepublik den Vorbehalten der Ukraine im Großen und Ganzen angeschlossen hat. Die Einsetzung der UNO-Friedenstruppen dürfe demnach nicht nur entlang der Kontaktlinie erfolgen, sondern müsse auf dem ganzen abtrünnigen Gebiet inklusive der russisch-ukrainischen Staatsgrenze stattfinden, um die Sicherheit der OSZE-Beobachtungsmission überall garantieren zu können. Das Mitspracherecht der »Volksrepubliken« sowie das vermeintliche Ziel Putins, mithilfe der UNO-Friedenstruppen den Konflikt einzufrieren, wurde zurückgewiesen. Außerdem sieht Deutschland auch die Möglichkeit kritisch, die nationale Zusammensetzung der UNO-Friedenstruppen zu bestimmen.

Am 11. September stimmte Wladimir Putin dem Einsatz der UNO-Friedenstruppen auf dem ganzen

abtrünnigen Gebiet unerwarteterweise zu. Bekräftigt hat er seine Zusage während eines späteren Telefonats mit Bundeskanzlerin Merkel, die ihrerseits gegenüber dem russischen Staatspräsidenten die bisherige Haltung der Bundesrepublik zu einem UNO-Friedenseinsatz wiedergegeben hat (s. Dokumentation auf S. 9). Anschließend nahm der Vertreter der »Donezker Volksrepublik« zu dem Telefonat Stellung. Seinen Äußerungen lässt sich entnehmen, dass die Separatistenführung von ihrer bisherigen harten Position, keine UNO-Friedenstruppen zulassen zu wollen, zumindest teilweise abgerückt ist. Ein UNO-Friedenstruppeneinsatz sei jedoch ohne Absprache mit den »Volksrepubliken« als am Konflikt beteiligten Seiten nicht »zweckmäßig«.

Die bisherige kritische Position der Ukraine zur »Initiative Putins« bekräftigte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko während der UNO-Debatte am 20. September 2017 in New York. Er hob hervor, dass die Ukraine auf eine friedensstiftende Unterstützung seitens der UNO angewiesen ist wie nie zuvor und in diesem Zusammenhang seit 2015 ununterbrochen um die Einsetzung einer UNO-Friedensmission bitet. Allerdings halte die Ukraine nichts von den »jüngsten hybriden friedensstiftenden Vorschlägen Moskaus«, welche der Legitimierung der »Marionetten Moskaus« auf dem abtrünnigen Gebiet und dem Einfrieren des Konflikts dienen sollten. Die Einsetzung einer vollwertigen UNO-Friedensmission sei demnach die einzige Möglichkeit, eine Lösung des Konflikts herbeizuführen, indem diese »die ukrainische Souveränität« in dem

abtrünnigen Gebiet wiederherstellen bzw. den Abzug der »russischen Besatzungstruppen« auf dem ganzen abtrünnigen Gebiet sicherstellen und mittels der Kontrolle der Grenze mit Russland ein erneutes militärisches Eindringen Russlands unterbinden würde. Für ausgeschlossen hielt der ukrainische Präsident auch die Teilnahme der Soldaten des »Aggressors« bzw. Russlands an einer solchen Friedensmission (s. Dokumentation auf S. 10).

Wie kann man die bisherige Entwicklung zusammenfassen? Obwohl Russland dem UNO-Friedenstruppeneinsatz zustimmte und eine Woche später zusammen mit den Separatisten von einer seiner bisherigen Forderungen, den Einsatz der UNO-Friedenstruppen nur entlang der Kontaktlinie zuzulassen, abgerückt ist, kann der alte unüberwindbare Gegensatz zwischen den Interessen Russlands und der Separatisten auf der einen und denen der Ukraine und des Westens auf der anderen Seite noch nicht verabschiedet werden. Beide Seiten halten weiterhin an ihren gegensätzlichen Positionen hinsichtlich der Frage, ob den Separatisten ein Mitspracherecht in Bezug auf einen solchen Friedenstruppeneinsatz eingeräumt werden muss, fest. Ihre eigene Rolle im Konflikt bewerten sie auch weiterhin unterschiedlich, was eine Verständigung zusätzlich erschwert. Solange diese Gegensätze nicht aus dem Weg geräumt sind, sind mögliche Verhandlungen über die technische Umsetzung eines UNO-Friedenstruppeneinsatzes in der Ostukraine mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt.

Über den Autor:

Mikita Merzlou ist Masterstudierender an der Ruhr-Universität Bochum im Fach Geschichte/Sozialwissenschaft. Derzeit ist er Praktikant an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipp:

Bosko, Katerina: »Die Debatte um eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine«, Ukraine-Analysen 171, 30.06.2016, S. 19–20, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen171.pdf>>

Stellungnahmen zu Putins Vorschlag über den Friedenstruppeneinsatz in der Ostukraine

Russland

Vladimir Putin's news conference following BRICS Summit (05.09.2017)

(...) Question: I have a question about eastern Ukraine. Kiev has recently started promoting the idea of deploying UN peacekeepers there. Poroshenko speaks about this often, and there is even a plan according to which the idea should be taken to the UN General Assembly, which opens soon, if Russia blocks it at the Security Council. What do you think about this idea? Is it practicable, would it help?

Vladimir Putin: This is impossible to do via the General Assembly, because UN peacekeepers cannot function other than pursuant to Security Council resolutions. But that is not the point.

You are saying that someone wants to push something through. In fact, I do not see anything wrong with that. I have already said many times that I support the idea of arming the OSCE mission, but the OSCE itself refuses to arm its field personnel, since it has neither the relevant people nor the experience of such work.

In this context, I believe that the presence of UN peacekeepers, not even peacekeepers, but those who provide security for the OSCE mission, is quite appropriate and I do not see anything wrong with that; on the contrary, I believe that this would help resolve the situation in southeastern Ukraine. Of course, we can talk only about ensuring the security of the OSCE staff. This is my first point.

The second point is that, in this regard, these forces should be located on the demarcation line only and on no other territories.

Thirdly, this issue should be resolved only after disengaging the parties and removing the heavy equipment. This cannot be resolved without direct contact with representatives of the self-proclaimed Donetsk People's Republic and Lugansk People's Republic.

I believe that if all this is done, it would definitely benefit resolving the situation in southeastern Ukraine. We will consider this as instructions to the Foreign Ministry to submit a relevant resolution to the Security Council. (...)

Quelle: <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/55535>>

Telephone conversation with Federal Chancellor of Germany Angela Merkel (11.09.2017)

(...) Vladimir Putin spoke in detail on the Russian initiative to establish a UN mission to aid the protection of the OSCE Special Monitoring Mission (OSCE SMM). Taking into account the views communicated by Angela Merkel, the Russian leader expressed readiness to add to the functions of the above-mentioned UN mission proposed in the Russian draft resolution of the Security Council.

The protection of OSCE observers by the UN is envisioned not only on the contact line after the disengagement of the forces and equipment of both sides, but also in other places where the OSCE SMM conducts its inspection visits in accordance with the Minsk Package of Measures.

Quelle: <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/55593>>

Ukraine

Comment by the Ministry of Foreign Affairs of Ukraine regarding mass media publication of 5 September 2017 concerning the recent statements by the Russian leadership on the prospect of deployment of UN peacekeepers in Donbas (05.09.2017)

The Ministry of Foreign Affairs of Ukraine has taken into account the statement made by the President of the Russian Federation concerning the prospect of deployment of UN peacekeepers in Donbas as published by mass media. The Ministry believes that the deployment of a UN peacekeeping operation could contribute to the restoration of peace and security in the east of Ukraine. In this context, MFA would like to draw attention to the fact that, in March 2015, President of Ukraine Petro Poroshenko sent an official request to the UN Secretary General and the President of the UN Security Council with regard to the deployment of a UN peacekeeping operation in the Ukrainian territory. This request was circulated on 2 April 2015 as an official document of the UN Security Council. The corresponding initiative of the President of Ukraine had been previously supported by the National Security and Defense Council of Ukraine and by the Verkhovna Rada of Ukraine.

The UN peacekeeping operation of this nature would aim at ensuring lasting peace in certain parts of Donetsk and Luhansk Regions of Ukraine on the basis of the Minsk Agreements and in line with the fundamental principles and norms of the UN Charter, along with the simultaneous enhancement of the OSCE Special Monitoring Mission.

Since that time Russia, the aggressor state, has continuously sabotaged Ukraine's proposals, refusing to take our request to the UN Security Council into consideration and even claiming, as was the case in June 2016, that Ukraine had never made its request to the Security Council.

Ukraine has always advocated a clear position that any international peacekeeping presence must be deployed by consent of and after extensive consultations with the Ukrainian side, that it must involve the withdrawal of all occupation troops and mercenaries as well as their weapons from the territory of Ukraine, and ensure reliable control over the Ukrainian-Russian border to prevent Russian military, weapons, equipment and mercenaries from infiltrating the Ukrainian territory.

In the event the decision is made to launch a peacekeeping operation, any presence of military or other personnel of the aggressor state in the territory of Ukraine disguised as peacekeepers would be out of the question, as it would contradict the basic principles of UN peacekeeping activities. Equally out of the question would be any need to seek approval for launching the peacekeeping operation by the illegal military formations operating in the territory of certain parts of Donetsk and Luhansk Regions backed by support, funding, and inventory and logistics management provided by the Russian Federation. (...)

Quelle: <<http://mfa.gov.ua/en/press-center/news/59526-komentar-mzs-ukrajini-u-zvjazku-z-informacijeu-zmi-vid-5-veresnya-2017-roku-pro-ostanni-zajavi-kerivnictva-rf-shhodo-mozhlivosti-rozmishhennya-mirotvorciv-oon-na-donbasi>>

President in the UN General Assembly: There is no room for the aggressor's representatives in the UN peacekeeping mission in Donbas (20.09.2017)

President Petro Poroshenko emphasizes that a robust UN peacekeeping operation is the only efficient decision for de-escalation, protection of the people of Ukraine and approaching the political settlement of the situation in Donbas. It was stated by the President during his speech at the 72nd session of the UN General Assembly.

The Head of State reminded that "recent hybrid "peacekeeping proposals" of Moscow are another example of true ambitions of Russia that wants to legalize its puppets and freeze the conflict forever".

"We will commend any proposal that will bring peace to our country. We are convinced that a robust UN peacekeeping operation is the only efficient decision for de-escalation, protection of the people of Ukraine and bringing us closer to the political settlement," Petro Poroshenko said.

That is why the peacekeepers' mandate must cover the entire occupied territory, including the Ukraine-Russia state border.

"This is a mandatory condition. As long as the border is used as a key track for the supply of weaponry and personnel to Donbas, there will be no peace in my country," the Head of State emphasized.

He noted that the mission must be based on the key principles of the UN peacekeeping endeavor, including the impartiality of peacekeepers.

"There is no room for the aggressor's representatives in such a mission. They cannot be part of it by definition," the President said and emphasized that any abuses of UN peacekeeping tools to secure the profits of aggression are unacceptable.

"If we have an opportunity to bring peace to the heart of Europe, we must determine the right parameters for that," Petro Poroshenko noted.

The President stressed that a robust international presence may also help to curb terrorism in the territories affected by the conflict. He noted that the terrorist component of the hybrid war of Russia against Ukraine is clear and has become a reality of daily life in Donbas.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/u-mirotvorchij-misiyi-oon-na-donbasi-nema-miscya-dlya-predst-43454>>

Deutschland

Erklärungen des Sprechers des Auswärtigen Amtes in der Bundespressekonferenz vom 06.09.2017

Schäfer: Ich kann für den Außenminister hinzufügen – das hat Frau Demmer ja für die Bundesregierung gerade schon getan –, dass es nach mehrjährigen Gesprächen, Verhandlungen und Forderungen von ukrainischer Seite jetzt immerhin ganz grundsätzlich ein Schritt ist, dass eine Blauhelmission im Osten der Ukraine helfen kann, die von Moskau und von Kiew, also von den Konfliktparteien, gewünscht wird. Die Russen haben jetzt gerade Nägel mit Köp-

fen gemacht, indem sie einen ersten Resolutionsentwurf dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorgelegt haben. Warum das nun gerade jetzt und in dieser Weise passiert, darüber mag man spekulieren. Dafür wird der russische Präsident – oder die russische Regierung – vielleicht seine Gründe haben.

(...) Einer der Punkte ist das Einsatzgebiet, von dem Sie gesprochen haben. Es stimmt: Die Russen wollen nach dem Resolutionsentwurf nur die Kontaktlinie absichern. Gleichzeitig ist es eindeutig so, dass die Belästigungen und Behinderungen der zivilen, unbewaffneten Beobachtermission SMM der OSZE nicht nur an der Kontaktlinie stattfinden, sondern auch auf dem Territorium, das de facto von den Separatisten beherrscht wird.

(...) Auch die Beteiligung der Separatisten, die der russische Resolutionsentwurf vorsieht, ist für die Ukraine ein absolutes No-Go, im Übrigen auch für die Vereinten Nationen. Mir wäre kein einziger Fall einer Blauhelmission bekannt, bei der Rebellen, die die staatliche Souveränität eines Staates infrage stellen, ein Mitspracherecht dafür bekommen würden, in welcher Weise Blauhelme in einen Einsatz gehen könnten.

(...) Zusatzfrage: Herr Schäfer, betrachten Sie die Entsendung der Blauhelme an die Kontaktlinie nicht als eine Art Alibi? Das würde ja dann bedeuten, dass dieser Teil der Ukraine für immer verloren ist. Dann würde der Konflikt quasi so internationalisiert, dass der Osten der Ukraine praktisch für immer weg ist.

Schäfer: (...) Aber jedenfalls können Sie gewiss sein, dass unser Interesse sicher nicht darin besteht, aus dem Konflikt in der Ukraine einen »frozen conflict«, einen eingefrorenen Konflikt, zu machen, wie es den anderswo in der ehemaligen Sowjetunion, etwa in Georgien oder in Transnistrien, gibt. Unser Ziel bleibt vielmehr, so schnell wie das nur irgend geht, die Vereinbarungen von Minsk umzusetzen. (...) Wir werden, soweit es an uns liegt, alles daransetzen zu verhindern, dass genau das, was Sie oder vielleicht andere befürchten, nicht eintritt, weil wir kein Interesse daran haben, einen solchen Konflikt zu verewigen oder gar den Separatisten die Gelegenheit zu geben, ein Mitspracherecht für etwas zu bekommen, was aus unserer Sicht völlig unangemessen wäre.

Quelle: <<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-06-regpk.html?sessionid=EE085B6E592CD1F80F1E0C7337EAEF62.s7t1>>

Erklärungen des Sprechers des Auswärtigen Amtes in der Bundespressekonferenz vom 18.09.2017

(...) Zur Ukraine: In dem Konflikt in der Ostukraine gibt es Bewegung, und zwar durch den Vorschlag des russischen Präsidenten, einer Blauhelmission der Vereinten Nationen jedenfalls nicht abgeneigt zu sein. Ich halte es auch da für unwahrscheinlich, dass es bereits in dieser Woche zu konkreten Verhandlungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder gar zu einer Abstimmung kommen kann. Dazu ist einfach noch viel zu unklar, was die Parameter einer solchen Sicherheitsratsresolution sein können. Wir begrüßen jedenfalls, dass sowohl die Ukraine, die das ja schon seit Jahren vorschlägt, als jetzt auch Russland einen Schritt auf eine solche Mission zugegangen sind. Da schwirren jetzt eine Menge Vorschläge im Raum, und ich bin ganz sicher, Herr Remme, dass der Außenminister in New York unter anderem in Gesprächen mit dem russischen und dem ukrainischen Außenminister, aber auch in Gesprächen in größerem Format die Gelegenheit nutzen wird, unsere Position gemeinsam mit Frankreich einzubringen und vielleicht einen Beitrag dazu zu leisten, dass von den Vereinten Nationen in absehbarer Zeit etwas beschlossen werden kann, was tatsächlich sicherstellt, dass der Waffenstillstand hält und dass die Vereinbarung von Minsk umgesetzt werden kann. (...)

Quelle: <<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-18-regpk.html>>

Zu den Ereignissen in den »Volksrepubliken« der Ostukraine: die »Malorossija«-Geschichte

Zur Dokumentation interner politischer Entwicklungen und damit auch des Charakters der Organisation von Politik in den beiden »Volksrepubliken«, veröffentlichen die Ukraine-Analyse hier Auszüge aus dem Newsletter »Entwicklungen in ›DNR‹ und ›LNR‹«.

Der Newsletter erscheint im Rahmen des Projekts »Dialog für Verständigung und Recht: Europäische NGOs gemeinsam für Konfliktbewältigung im Donbass«. Basierend auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Internet-Quellen und erstellt von Nikolaus von Twickel gibt der Newsletter einen Überblick aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf dem Gebiet der selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk«. Das Projekt wird vom Deutsch-Russischen Austausch (DRA e.V.) in Kooperation

mit ukrainischen und russischen Partnern durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert. Der Newsletter ist im Internet archiviert unter <<http://www.civicmonitoring.org/>>. Dort finden sich auch die Internetadressen der im Text genannten Originalquellen. Ansprechpartnerin beim Deutsch-Russischen Austausch ist Yuliya Erner (yuliya.erner@austausch.org).

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

The “Malorossiya” affair

Having largely vanished from international headlines, the conflict in eastern Ukraine made a comeback last month when Donetsk separatist leader Alexander Zakharchenko suddenly declared that the “people’s republics” should unite with Ukraine and form a new state called “Malorossiya”.

In a surprise statement made during a conference in Donetsk on July 18, Zakharchenko announced that because Ukraine as a state had been destroyed by the Maidan revolution (which he said led to a “Neonazi regime”) it should be replaced by Malorossiya with Donetsk as its capital (Malorossiya, literally “little Russia”, had been the name for Ukraine in Tsarist Russia). He stressed that this was the separatists’ last offer to the “criminal regime” in Kiev in order to make peace.

Zakharchenko made little effort to explain the legitimacy of such a step, merely claiming that representatives from a majority of Ukraine’s regions were present and supported the idea.

However, it quickly emerged that this was a huge exaggeration, as leaders of the neighbouring Luhansk “people’s republic”, in theory Zakharchenko’s closest allies, said that they were not at the conference and had not been consulted. Naturally, the move was quickly condemned by Ukraine and its western allies. President Petro Poroshenko suggested that Malorossiya would fail just as the “Novorossiya” project did in 2014. The German government said that Zakharchenko’s declaration was “unacceptable”.

Many western and Ukrainian commentators stressed that Zakharchenko is a Kremlin puppet and thus could not have made the decision without Moscow’s consent. However, Russian President Vladimir Putin’s spokesman Dmitry Peskov said on the same day that this was a personal initiative by Zakharchenko.

One little noted fact that supports this view is that even Denis Denis Pushilin, the “Donetsk People’s Republic’s” chief negotiator and second most prominent figure, wasn’t at the conference and later only gave a lukewarm endorsement to Zakharchenko’s initiative, arguing that it needed more discussion and possibly a referendum.

The view that the “Malorossiya” initiative was thought within a small circle surrounding the Donetsk separatist leader was confirmed the same day by Zakhar Prilepin, the Russian writer who acts as an advisor and deputy battalion commander to Zakharchenko. In an interview with “Komsomolskaya Pravda”, Prilepin acknowledged that the Malorossiya declaration had been devised as “a surprise for Moscow”—because “time is ripe” and Donetsk was ready to rule all of Ukraine.

Thus, it was perhaps of little surprise that Zakharchenko had to more or less renounce his project. On July 26—two days after the leaders of Germany and France condemned it as undermining Ukraine’s territorial integrity during a “Normandy Format” phone call with Presidents Poroshenko and Putin, he suddenly said that it was just a proposal and more time was needed for discussion. And on August 9 he declared that there will be no “Malorossiya” because the name caused too much opposition.

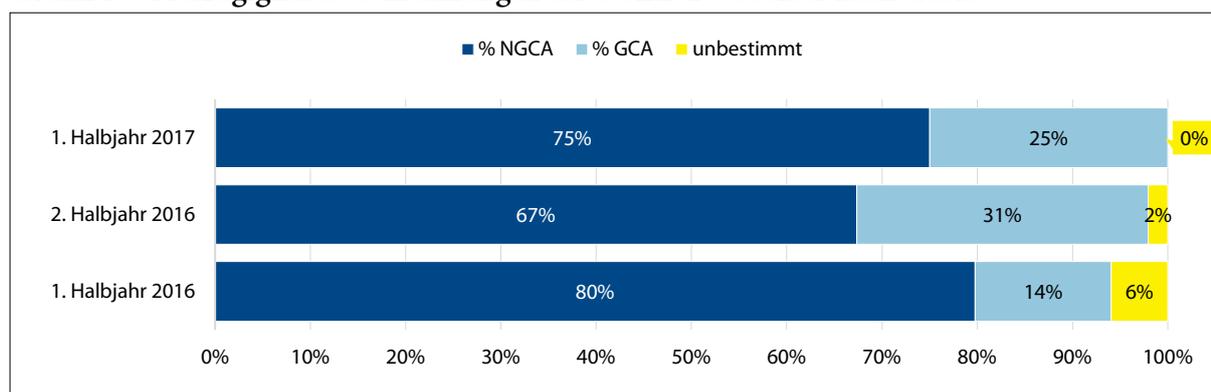
Interestingly, Zakharchenko’s initial grand declaration did not make it onto his official YouTube channel, nor is it featured in the video section of his official website (which does have a transcript, though).

Whoever was behind the idea, the whole episode shows that while Zakharchenko may ultimately be a pawn, he is willing and able to perform independently until he is called off by his masters. As for punishment, it is probably well understood in Moscow that the damage done by the Malorossiya initiative is borne mainly by its political proponent, ie Zakharchenko himself.

Quelle: <<http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-24-may-22-august-2017-newsletter-23/>>

Behinderungen der OSZE-Beobachtermission seit 2016

Grafik 1: Freizügigkeitsbeschränkungen der OSZE-Beobachter nach Gebiet

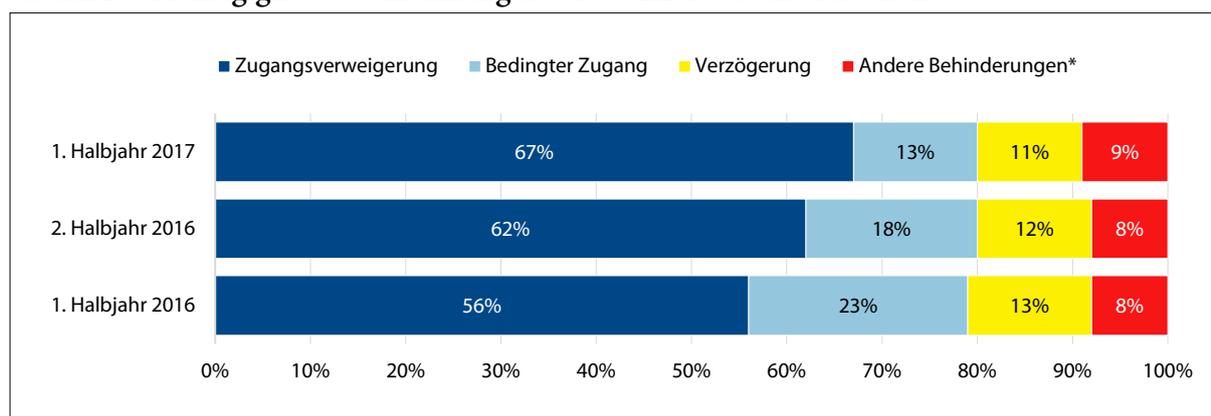


	NGCA	GCA	unbestimmt	Gesamt	% NGCA	% GCA
1. Halbjahr 2016	552	99	41	692	80 %	14 %
2. Halbjahr 2016	330	150	10	490	67 %	31 %
1. Halbjahr 2017	360	120	0	480	75 %	25 %

Anmerkung: GCA – von der Regierung kontrollierte Gebiete, NGCA – nicht von der Regierung kontrollierte Gebiete

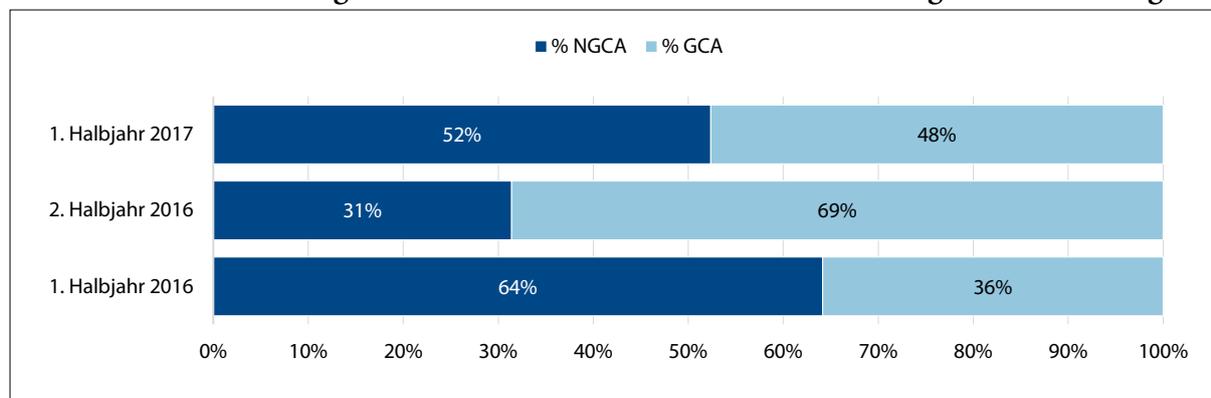
Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben in den thematischen Berichten der OSZE, <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/338136?download=true>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066?download=true>>

Grafik 2: Freizügigkeitsbeschränkungen der OSZE-Beobachter nach Art



* wie etwa elektronische Störmaßnahmen gegen unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs) oder Unwille, mit OSZE-Beobachtern zu kommunizieren

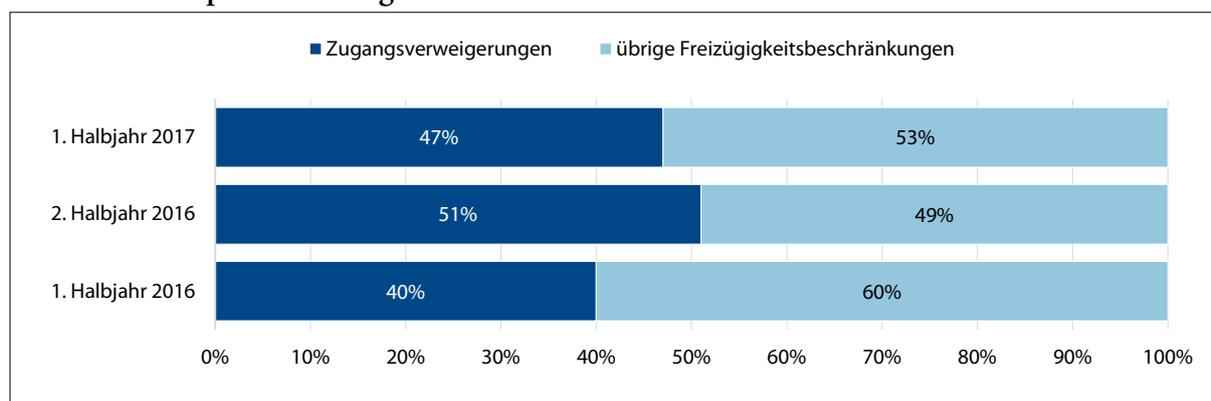
Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben in den thematischen Berichten der OSZE, <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/338136?download=true>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066?download=true>>

Grafik 3: Einschränkungen der OSZE-Beobachter bei der Überwachung des Waffenabzugs

	NGCA	GCA	Gesamt	% NGCA	% GCA
1. Halbjahr 2016	68	38	106	64 %	36 %
2. Halbjahr 2016	38	83	121	31 %	69 %
1. Halbjahr 2017	66	60	126	52 %	48 %

Anmerkung: GCA – von der Regierung kontrollierte Gebiete, NGCA – nicht von der Regierung kontrollierte Gebiete

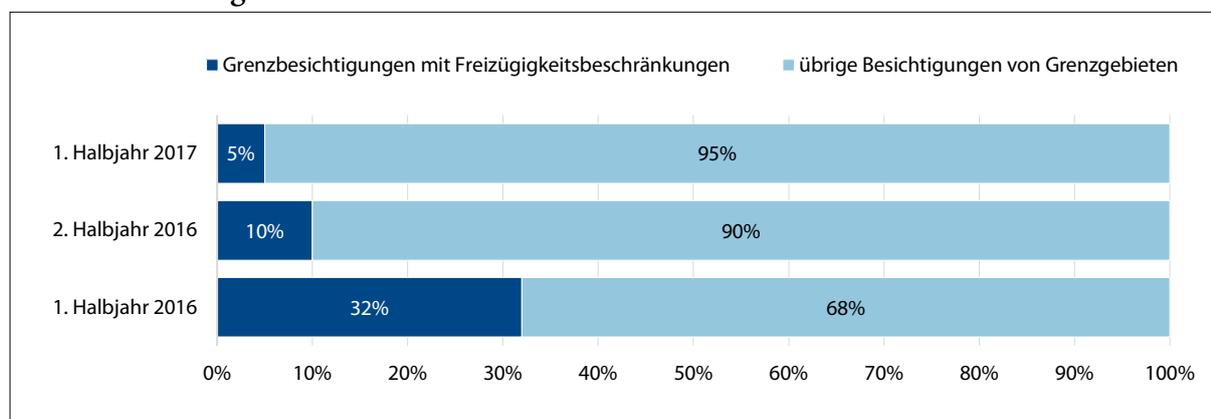
Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben in den thematischen Berichten der OSZE, <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/338136?download=true>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066?download=true>>

Grafik 4: Freizügigkeitsbeschränkungen der OSZE-Beobachter bei der Überquerung von Kontrollposten entlang der Kontaktlinie

	Freizügigkeitsbeschränkungen	davon Zugangsverweigerungen	
		Anzahl	%
1. Halbjahr 2016	215	87	40 %
2. Halbjahr 2016	157	80	51 %
1. Halbjahr 2017	140	66	47 %

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben in den thematischen Berichten der OSZE, <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/338136?download=true>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066?download=true>>

Grafik 5: Freizügigkeitsbeschränkungen der OSZE-Beobachter bei der Besichtigung von Grenzgebieten außerhalb der staatlichen Kontrolle



	Besichtigungen von Grenzgebieten insgesamt	davon Freizügigkeitsbeschränkungen	%
1. Halbjahr 2016	253	82	32 %
2. Halbjahr 2016	408	40	10 %
1. Halbjahr 2017	400	18	5 %

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben in den thematischen Berichten der OSZE, <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/338136?download=true>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066?download=true>>

Tabelle 1: Gewalt und Drohungen gegen oder in Gegenwart der OSZE-Beobachter

	GCA	NGCA	unbestimmt	Gesamt
1. Halbjahr 2016	k. A.	k. A.	k. A.	14
2. Halbjahr 2016	4	12	1	17
1. Halbjahr 2017	4	20	0	24

Anmerkung: GCA – von der Regierung kontrollierte Gebiete, NGCA – nicht von der Regierung kontrollierte Gebiete

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben in den thematischen Berichten der OSZE, <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/338136?download=true>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/261066?download=true>>

Die russisch-ukrainische Beziehungen: Änderungen in der Migrationspolitik

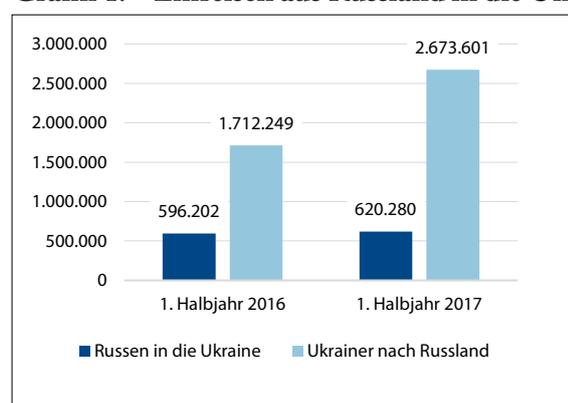
Im Sommer 2017 haben sowohl Russland als auch die Ukraine ihre Migrationspolitiken in Bezug auf das jeweils andere Land verändert. Nach einer heißen Debatte um die Einführung einer Visumpflicht für Russland, die nach aktuellen Umfragen 40 Prozent der Ukrainer unterstützen (s. Grafik 1 auf S. 20), haben sich die ukrainischen Politiker letztendlich nur für ein biometrisches Kontrollsystem entschieden. Ab dem Jahr 2018 müssen sich russische Staatsbürger, die in die Ukraine einreisen wollen, vorab online registrieren und bei der Einreise einen biometrischen Reisepass vorlegen. Für russische Staatsbürger, die seit März 2015 ohnehin nur noch mit dem Reisepass in die Ukraine dürfen, ändert sich wenig. Für die ukrainischen Behörden bedeutet die Entscheidung aber zusätzliche Kosten, denn die Kontrollposten müssen zunächst einmal ausgestattet werden.

In umgekehrter Richtung – also aus der Ukraine nach Russland – ist die Einreise mit Personalausweis immer noch möglich, das ist aber eine temporäre Ausnahme aufgrund des Konflikts in der Ostukraine. So ist seit 2015 für Bürger der GUS-Staaten, die keine Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion sind, ein Reisepass zur Einreise vorgeschrieben. Für Ukrainer wurden aber im gleichen Jahr Migrationsregelungen (vor allem die 90-Tage-Aufenthaltsregelung) vereinfacht, um die Aufnahme der Flüchtlinge aus den Regionen Donezk und Luhansk zu ermöglichen. Diese Vereinfachungen wurden aber schon Ende 2015 wieder abgeschafft. Stattdessen hat Russland nun die Einbürgerung der zugezogenen Ukrainer erleichtert. Nach einem im Juli verabschiedeten Gesetz brauchen Ukrainer für die Einbürgerung in Russland jetzt nicht mehr die Zustimmung der ukrainischen Regierung. Anstatt einer Bescheinigung über die Entlassung aus der ukrainischen Staatsangehörigkeit wird nun eine notariell beglaubigte Kopie des entsprechenden Antrags verlangt.

Die beiden neuen Änderungen in der Migrationspolitik sowohl Russlands als auch der Ukraine waren für uns Anlass, die aktuellen Migrationssituationen und die Einstellungen beider Völker zur Schließung der Staatsgrenze unter die Lupe zu nehmen. Aus den vorhandenen Daten lassen sich die folgenden Schlussfolgerungen ziehen: Trotz einer antirussischen Rhetorik des politischen Establishments und allgemein antirussischer Einstellungen unter der Bevölkerung gibt es immer noch eine große Gruppe von Ukrainern, die nach Russland (aus)reisen. Ob die meisten davon aus den Ost-Regionen kommen, lässt sich anhand der erhobenen Statistiken nicht erkennen. Der Zuzug von Ukrainern nach Russland ist in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr sogar gestiegen. Russland kann der neuen Migrationsherausforderung aber nicht standhalten. Trotz der Anpassung der russischen Migrationspolitik, etwa in Form von materieller Hilfe oder einer vereinfachten Registrierung, haben die meisten ukrainische Flüchtlinge noch immer keinen formellen Status, der ihnen eine langfristige Lebensperspektive in Russland verschaffen würde. Die Anzahl der Ukrainer, die den Status von Asylsuchenden oder gar eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Russland haben, ist verglichen mit der Migrationswelle aus der Ukraine sehr gering – von den niedrigen Einbürgerungsraten ganz zu schweigen. Ob die neue Einbürgerungspolitik Russlands gegenüber der Ukraine das Problem der »informellen« MigrantInnen löst, bleibt abzuwarten. Die neue Regelung ignoriert aber die ukrainische Gesetzgebung und wird in Zukunft sicherlich zu Problemen mit Doppelpässen führen.

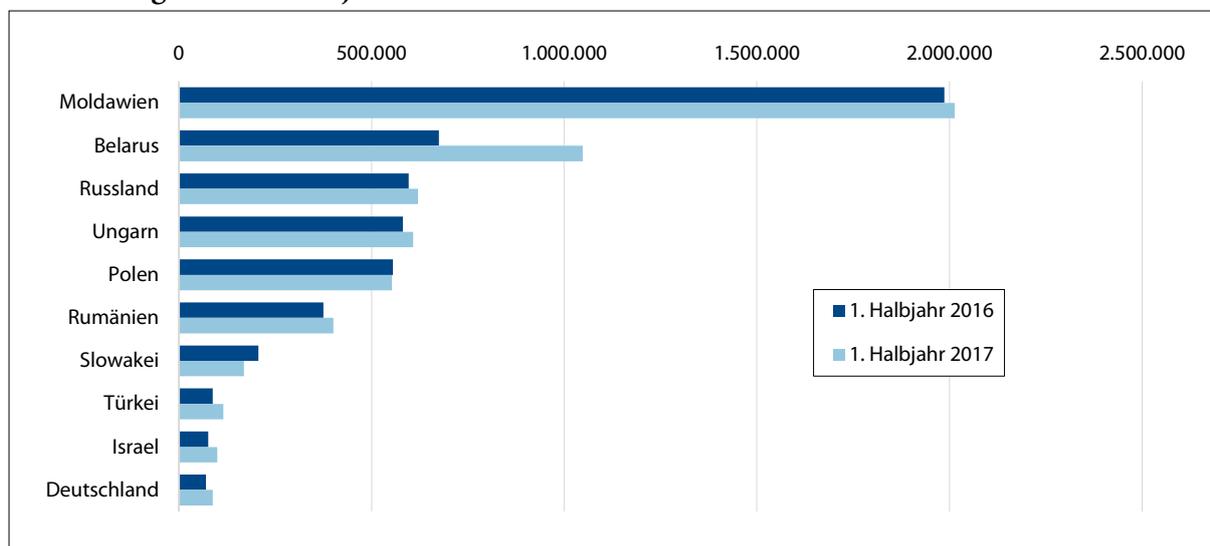
Katerina Bosko, Redakteurin der Ukraine-Analysen

Grafik 1: Einreisen aus Russland in die Ukraine und aus der Ukraine nach Russland



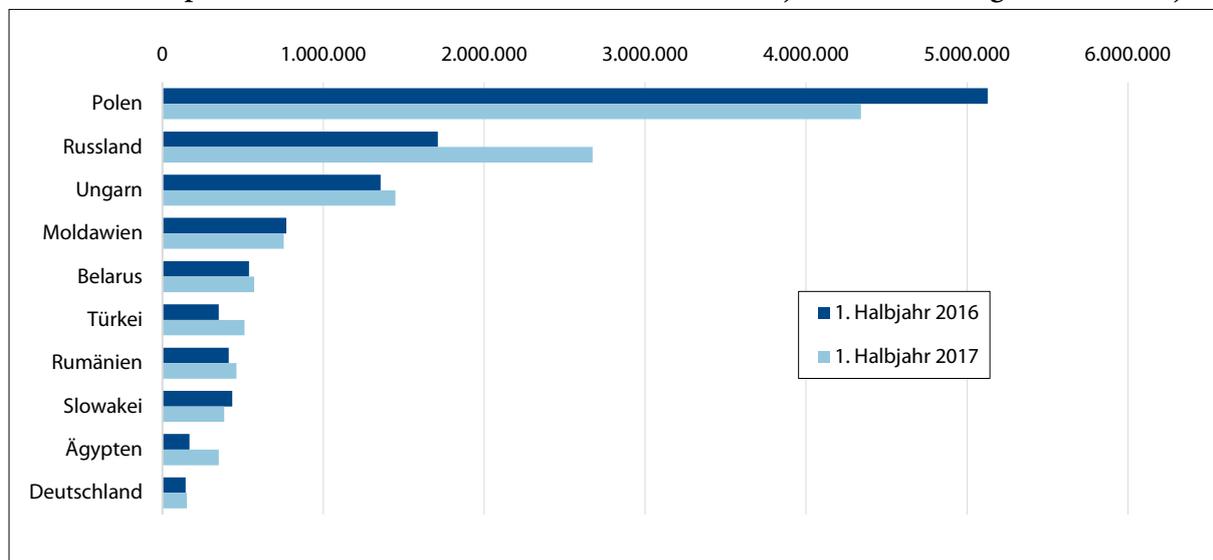
Quelle: Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine, <<http://www.me.gov.ua/Documents/Detail?lang=uk-UA&cid=3ba262e6-1603-4090-b741-e3c47a7f6d71&title=InformatsiiaSchodoVidviduvanniaUkrainiInozemnimiTuristamiTaViizduGromadianUkrainiZaKordonZaIPivrichchia2016-2017-Rokiv>>

Grafik 2: Top Ten der internationalen Besucher der Ukraine im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr



Land	1. Halbjahr 2016		1. Halbjahr 2017	
	Zahl	%	Zahl	%
1. Moldawien	1.986.845	34,1	2.013.179	31,8
2. Belarus	674.856	11,6	1.048.037	16,6
3. Russland	596.202	10,2	620.280	9,8
4. Ungarn	581.299	10	608.009	9,6
5. Polen	555.484	9,5	552.983	8,7
6. Rumänien	374.799	6,4	400.612	6,3
7. Slowakei	206.732	3,6	168.854	2,7
8. Türkei	87.827	1,5	115.451	1,8
9. Israel	76.486	1,3	99.852	1,6
10. Deutschland	70.497	1,2	87.564	1,4

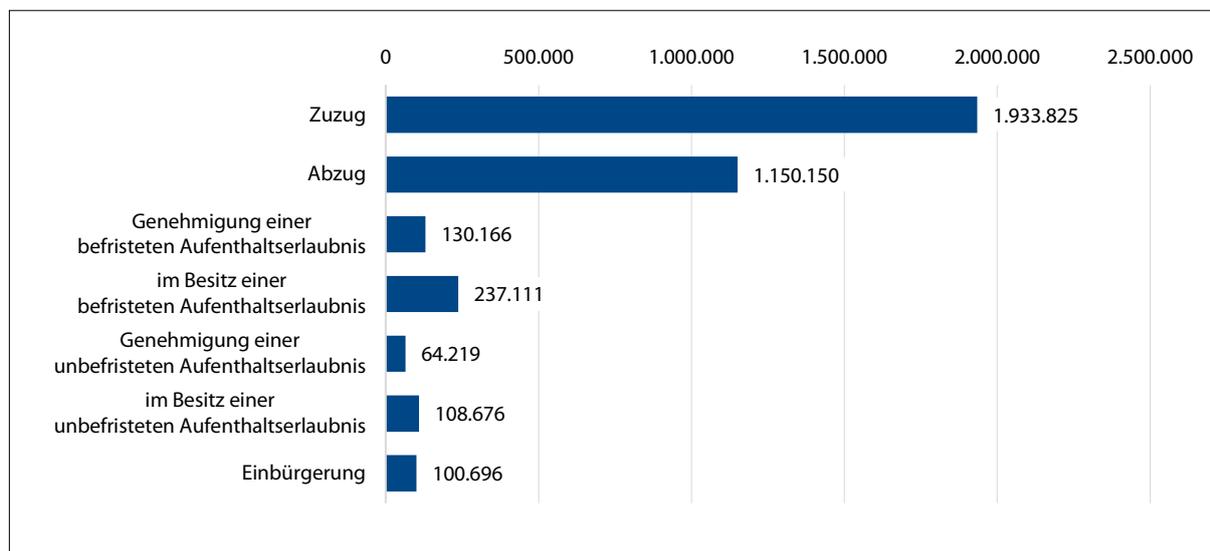
Quelle: Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine, <<http://www.me.gov.ua/Documents/Detail?lang=uk-UA&id=3ba262e6-1603-4090-b741-e3c47a7f6d71&title=InformatsiiaSchodoVidviduvanniaUkrainiInozemnimiTuristamiTaViizduGromadianUkrainiZaKordonZaIPivrichchia2016-2017-Rokiv>>

Grafik 3: Top Ten der Reiseziele der Ukrainer im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr

Land	1. Halbjahr 2016		1. Halbjahr 2017	
	Zahl	%	Zahl	%
Polen	5.129.355	43,6	4.341.786	34,8
Russland	1.712.249	14,5	2.673.601	21,4
Ungarn	1.356.166	11,5	1.447.143	11,6
Moldawien	769.647	6,5	753.942	6
Belarus	539.061	4,6	570.715	4,6
Türkei	349.403	3	510.294	4,1
Rumänien	412.826	3,5	460.463	3,7
Slowakei	434.301	3,7	384.986	3,1
Ägypten	167.986	1,4	350.067	2,8
Deutschland	143.331	1,2	151.733	1,2

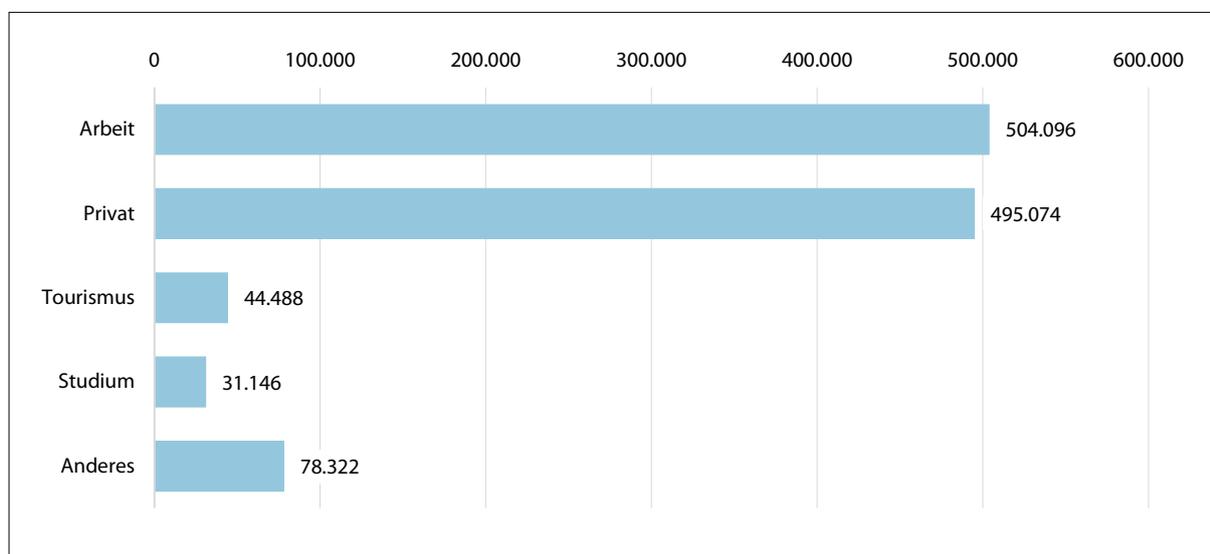
Quelle: Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine, <<http://www.me.gov.ua/Documents/Detail?lang=uk-UA&id=3ba262e6-1603-4090-b741-e3c47a7f6d71&title=InformatsiiaSchodoVidviduvanniaUkrainiInozemnimiTuristamiTaViizduGromadianUkrainiZaKordonZaIPivrichchia2016-2017-Rokiv>>

Grafik 4: Ukrainer in Russland im Jahr 2016 nach Angaben des Migrationsamts der Russischen Föderation



Quelle: Innenministerium der Russischen Föderation, <<https://мвд.рф/Делjателност/statistics/migracionnaya/item/9359228/>>

Grafik 5: Einreisegründe der Ukrainer im Jahr 2016 nach Angaben des Migrationsamts der Russischen Föderation



Insgesamt: 1.153.126

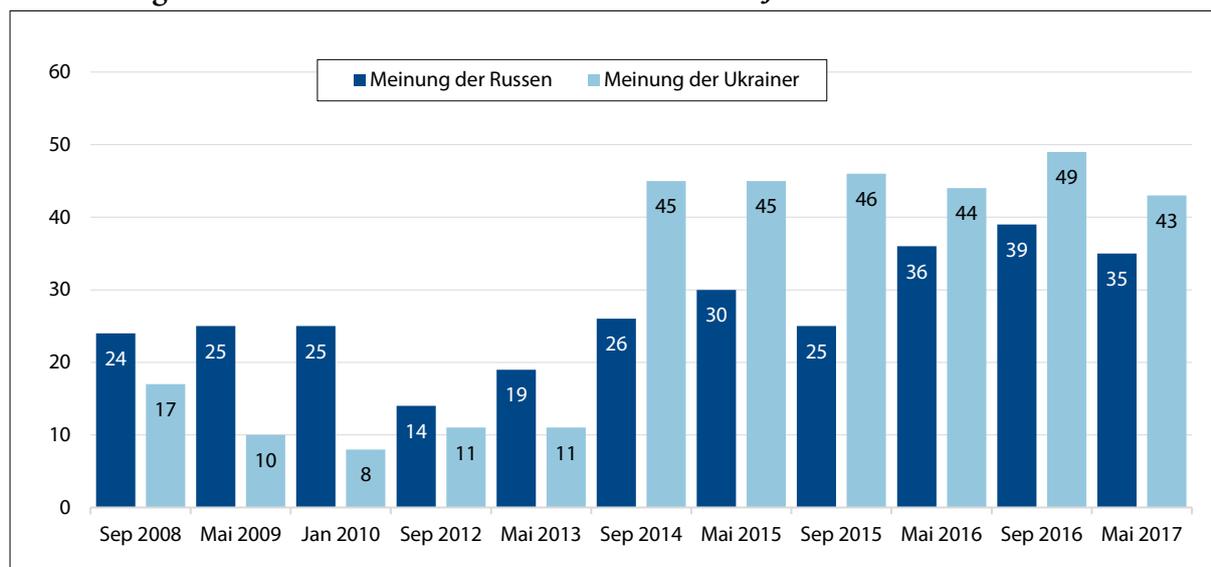
Anmerkung: Berücksichtigt werden nur diejenigen Ukrainer, die in Russland zum ersten Mal als Migranten registriert wurden.

Quelle: Innenministerium der Russischen Föderation, <<https://мвд.рф/Делjателност/statistics/migracionnaya/item/9359228/>>

UMFRAGE

Unterstützung für die Einführung der Visumpflicht für Reisen von Russland in die Ukraine und umgekehrt

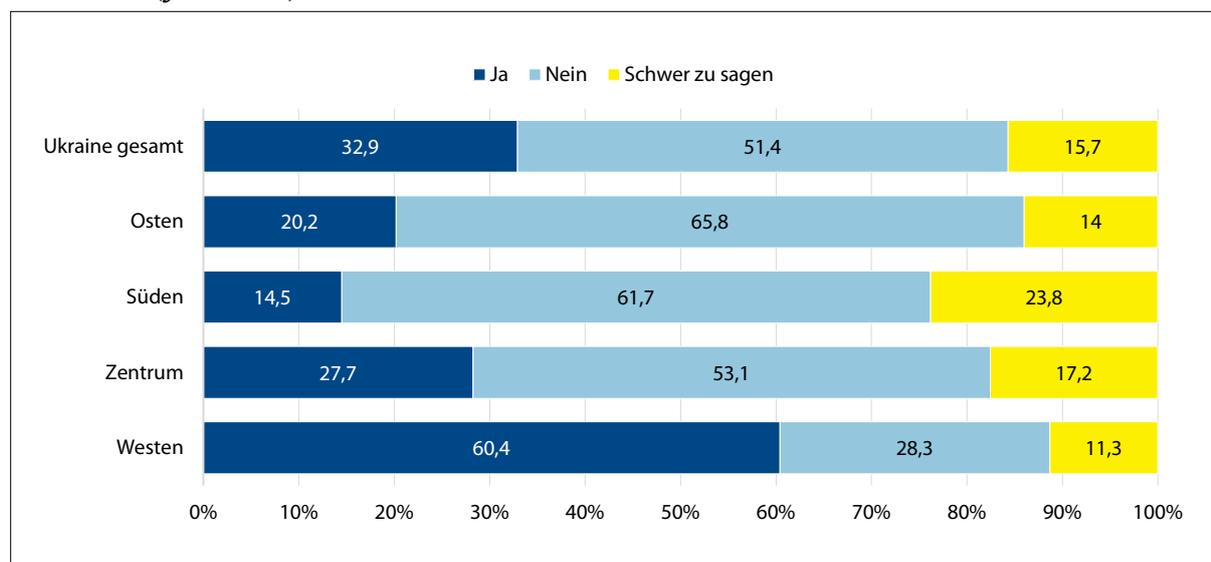
Grafik 1: Unterstützung für geschlossene Grenzen, Visa- und Zollkontrollen in den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine in den Jahren 2008–2017



Anmerkung: In der Grafik werden nicht alle Antwortmöglichkeiten angegeben. Für die Originaldaten siehe Quelle.

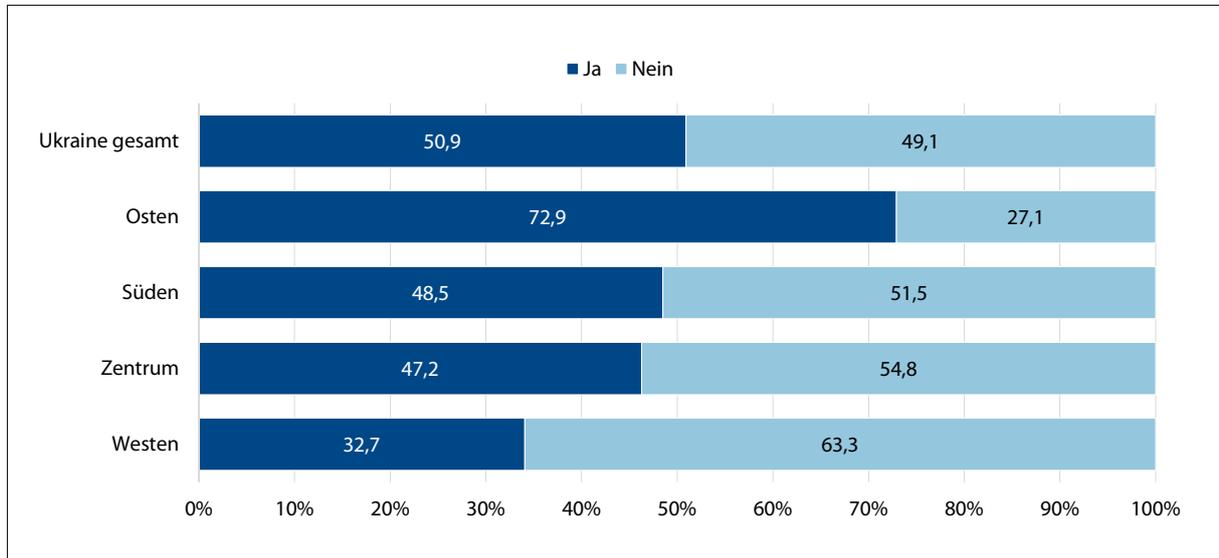
Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) und des russischen Lewada-Zentrums, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=707&page=1>>, <<https://www.levada.ru/2017/06/23/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya/>>

Grafik 2: Unterstützen Sie die mögliche Einführung eines Visa-Regimes mit Russland? (Juni 2017)



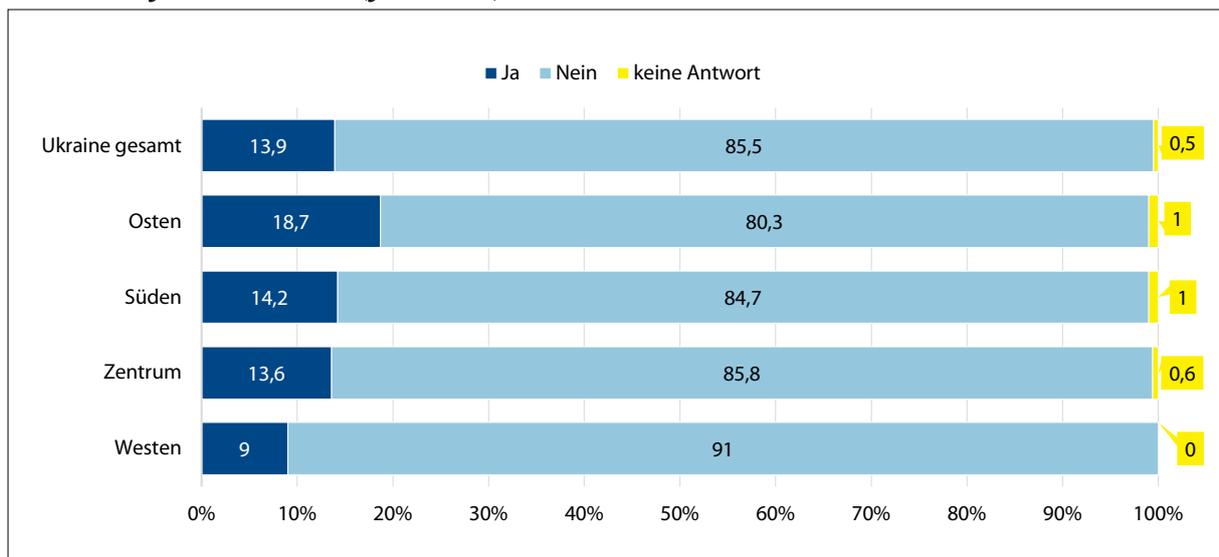
Quelle: repräsentative Umfrage des ukrainischen Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 9. bis zum 13. Juni 2017, <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/183171327759561fb56be677.64760514.pdf>>

Grafik 3: Haben Sie Verwandte, Freunde oder enge Bekannte, die in Russland leben? (Juni 2017)

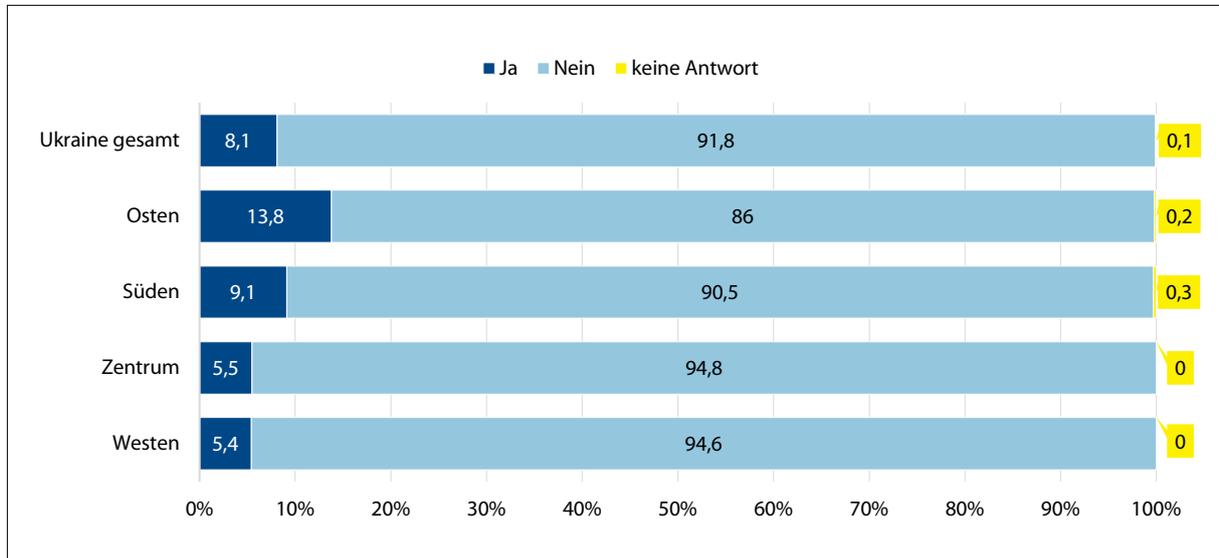


Quelle: repräsentative Umfrage des ukrainischen Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 9. bis zum 13. Juni 2017, <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/183171327759561fb56be677.64760514.pdf>>

Grafik 4: Haben Ihre Verwandte, Freunde oder Bekannte aus Russland Sie in den letzten drei Jahren besucht? (Juni 2017)



Quelle: repräsentative Umfrage des ukrainischen Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 9. bis zum 13. Juni 2017, <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/183171327759561fb56be677.64760514.pdf>>

Grafik 5: Waren Sie in den letzten drei Jahren in Russland? (Juni 2017)

Quelle: repräsentative Umfrage des ukrainischen Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 9. bis zum 13. Juni 2017, <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/183171327759561fb56be677.64760514.pdf>>

26. Juni – 24. September 2017

26.06.2017	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft nehmen russische Sicherheitskräfte auf der Krim einen Mann fest, den die Ukraine im Jahr 2015 über Interpol zur internationalen Fahndung ausgeschrieben hatte. Es handle sich um einen Angehörigen der Streitkräfte der »Volksrepublik Donezk«, der in der Ukraine des Mordes angeklagt ist.
26.06.2017	Einem Bericht der Deutschen Welle zufolge sind vor ukrainischen Gerichten seit Frühjahr 2014 insgesamt 36 Menschen aufgrund von »Aufrufen zum Widerstand gegen die konstitutionelle Ordnung« und/oder Aufrufen zu Separatismus in den sozialen Medien verurteilt worden. Etwa die Hälfte von ihnen seien Administratoren separatistischer Gruppen in sozialen Netzwerken gewesen. Es seien aber auch Menschen aufgrund von Postings und Kommentaren verurteilt worden.
26.06.2017	Vier Angehörige des rechtsextremen Rechten Sektors werden zu je drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Sie waren im Jahr 2015 an einer Schießerei mit der örtlichen Polizei in Mukatschewa in Transkarpatien beteiligt, als der Rechte Sektor einen Anteil an den Gewinnen des Zigarettenschmuggels erpressen wollte. Angehörige der Gruppierung hatten sich daraufhin in den umliegenden Wäldern verschanzt. Die Verurteilten kommen auf freien Fuß, da nach dem so genannten Sawtschenko-Gesetz jeder in Untersuchungshaft verbrachte Tag für die Verbüßung der Strafe doppelt gezählt wird. Damit ist ihre Strafe bereits abgegolten. Die Staatsanwaltschaft erklärt, sie halte die Strafe für zu gering und behalte sich vor, in Berufung zu gehen.
27.06.2017	Bei der Explosion eines Autos in Kiew kommt nach Angaben der Onlinezeitung Ukrainiska Prawda Maksim Schapowal, der Direktor eines Aufklärungsdienstes der ukrainischen Armee, ums Leben.
27.06.2017	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet ein Gesetz, das die Anziehung von Investitionen aus dem Ausland begünstigen soll. Es nimmt Änderungen an verschiedenen bestehenden Gesetzen vor, sodass der Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis und die Beschäftigung von Ausländern erleichtert werden.
27.06.2017	Zahlreiche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen werden Opfer eines Hackerangriffs mittels des Virus »Petya«, der Daten auf Festplatten verschlüsselt und nur gegen eine Lösegeldzahlung wieder freigibt. Unter anderem sind – in unterschiedlichem Ausmaß – die IT-Systeme der Oschtschadbank, der ukrainischen Post, der Telekommunikationsgesellschaft Ukrtelekom, des Kiewer Flughafens Borispol, des Fernsehsenders ATR und der Kiewer Metro betroffen.
28.06.2017	In der Region Kirowohrad nimmt die Polizei einige Dutzend ehemalige Kämpfer der »Anti-Terror-Operation« fest, darunter auch einen Kommandeur der Freiwilligeneinheit »Donbass«. Nach dessen Angaben hatten die ATO-Veteranen versucht, das Unternehmen eines Bauern gegen eine gewaltsame Übernahme zu verteidigen. Es war angeblich von bewaffneten Wachleuten eines Unternehmens attackiert und besetzt worden, das von dem Abgeordneten der Partei Vaterland, Jurij Beresa, kontrolliert wird. Die Polizei macht zu diesen Vorwürfen keine Angaben.
28.06.2017	Einen Tag nach der internationalen Cyberattacke, die insbesondere Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in der Ukraine und Russland getroffen hatte, erklärt die Regierung, dass alle strategisch wichtigen Stellen wieder normal arbeiten würden. Man arbeite nun an der Wiederherstellung der Daten.
28.06.2017	In der Region Donezk fährt ein Wagen des Inlandsgeheimdienstes SBU auf eine Landmine. Ein Mitarbeiter des Dienstes kommt ums Leben. Die drei weiteren Insassen werden verletzt.
29.06.2017	Ein Kiewer Gericht entscheidet, dass das Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch in Abwesenheit des Angeklagten geführt werden kann. Zur Begründung heißt es, Janukowytsch entziehe sich der Strafverfolgung. Er hält sich zurzeit in Russland auf und wird des Verrats angeklagt. Die Anklage wirft ihm vor, am 1. März 2014, also bereits nach seiner Flucht aus der Ukraine, Russland um den Einsatz seiner Armee in der Ukraine ersucht zu haben.
29.06.2017	Das Parlament der Stadt Lwiw stimmt dafür, die Kontrolle über die Müllentsorgung und -verarbeitung für zwei Jahre an die Regionalverwaltung zu übertragen. So soll das seit Jahren bestehende Müllproblem der Stadt gelöst werden, das sich in den vergangenen Wochen noch einmal verschärft hatte.
29.06.2017	Der Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko beantragt beim Parlament die Erlaubnis zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten des Oppositionsblocks Michaylo Dobkin. Ihm wird der gemeinschaftliche Amtsmissbrauch und der Versuch der unrechtmäßigen Aneignung von 78 Hektar Land im Wert von 220 Millionen Hrywnja (etwa 750.000 Euro) vorgeworfen.
30.06.2017	Umweltminister Ostap Semerak erklärt, dass bei einem Brand in der Nähe des havarierten Atomreaktors bei Tschernobyl keine Strahlung freigesetzt worden sei. Gegenteilige Meldungen russischer Medien seien falsch.

30.06.2017	In einer Umfrage des Unternehmens GfK in acht Regionen des Südens und Ostens der Ukraine unterstützen 26% der Befragten einen Beitritt zur EU. Die Höhe der Unterstützung schwankt dabei stark – zwischen 9% im ukrainisch kontrollierten Teil der Region Donezk und 35% in der Region Dnipropetrowsk. Insgesamt 12% sprechen sich für einen Beitritt zur NATO aus, während 14% für einen Beitritt zur Zollunion sind.
30.06.2017	Nach Angaben des Chefs des ukrainischen Grenzschutzes, Wiktor Nasarenko, werden am Ufer nahe der Landgrenze zur von Russland annektierten Krim zwei Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB festgenommen. Sie hätten angegeben, bei Übungen nahe der Grenze die Orientierung verloren und unabsichtlich mit ihrem Boot ans ukrainische Festland gelangt zu sein.
01.07.2017	Der Waldbrand in der Nähe des havarierten Atomreaktors von Tschernobyl kann gelöscht werden. Er war am 29. Juni 2017 ausgebrochen.
01.07.2017	In Italien nimmt die Polizei den ukrainischen Armeeeingehörigen Witalij Markiw fest, der von den italienischen Behörden verdächtigt wird, im Jahr 2014 den Fotojournalisten Andrea Rocchelli getötet zu haben. Rocchelli hatte sich, nachdem er an den Maidan-Protesten im Jahr 2014 teilgenommen hatte, einem ukrainischen Freiwilligenbataillon angeschlossen und war zusammen mit einem russischen Kollegen im Mai 2014 bei Slowjansk in der Region Donezk umgekommen. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft zeigt sich erstaunt über die Festnahme. Nach Angaben des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Jewgenij Jenin war man dort bisher davon ausgegangen, dass Rocchelli durch Beschuss separatistischer Truppen umgekommen sei.
02.07.2017	Nordwestlich von Donezk bei der Ortschaft Peski kommen zwei Soldaten der ukrainischen Armee bei der Explosion einer Mine ums Leben.
02.07.2017	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von Militärübungen der Separatisten der »Volksrepublik Luhansk«, die gegen das Waffenstillstandsabkommen verstoßen. Die Beobachter stellen außerdem fest, dass beide Seiten die schweren Waffen an den Punkten Stanizy Luhanska und Solote weiterhin nicht wie vereinbart abgezogen haben.
03.07.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft und das Nationale Antikorruptionsbüro nehmen Ermittlungen gegen die ehemalige Leitung der inzwischen verstaatlichten Privatbank auf, an der der Unternehmer Ihor Kolomoyskyj lange Zeit Anteile gehalten hatte. Dem ehemaligen Chef der Bank, Oleksandr Schlapak, wird vorgeworfen, kurz vor der Verstaatlichung Kredite aufgenommen und an mit der Bank verbundene Unternehmen ausgezahlt zu haben, deren Übernahme den Staat umgerechnet mehrere hundert Millionen US-Dollar gekostet hätte.
03.07.2017	Der zuständige Parlamentsausschuss stimmt mehrheitlich gegen den Antrag der Generalstaatsanwaltschaft, dem Abgeordneten der Fraktion Volksfront Jewgenij Dejdej die Immunität zu entziehen. Der Generalstaatsanwalt Juri Luzenko wirft Dejdej vor, sich ungesetzlich bereichert und hohe Geldsummen an seine Frau überschrieben zu haben. Am Folgetag veröffentlicht die Spezielle Antikorruptionsstaatsanwaltschaft und das Nationale Antikorruptionsbüro Informationen, die die Schuld Dejdejs belegen sollen.
04.07.2017	Das Ministerkabinett stellt einen Gesetzesvorschlag vor, mit dem die Privatisierung von Staatseigentum vereinfacht werden soll. Fristen zur Vorbereitung von zu privatisierenden Objekten werden verkürzt. Außerdem soll es anstatt der bisherigen fünf nur noch zwei Arten der Privatisierung geben: Auktionen und Rückkauf.
04.07.2017	Auf Basis der Angaben in der elektronischen Einkommensdeklaration leitet die Generalstaatsanwaltschaft gegen den ehemaligen stellvertretenden Chef der Präsidentschaftsverwaltung Jurij Tschmyr ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung ein.
05.07.2017	Im russischen Fernsehen erklärt der ehemalige Präsident Wiktor Janukowytsch, er ziehe seine Anwälte aus dem gegen ihn initiierten Prozess in der Ukraine ab. Die ukrainische Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, nach seiner Flucht nach Russland im Februar 2014 von Russland den Einsatz seiner Streitkräfte gegen den Umsturz in Kiew gefordert zu haben. Janukowytsch erklärt, er werde an dem Prozess nicht teilnehmen, da dessen Durchführung gegen seine Rechte verstoße. Ihm sei etwa die Teilnahme per Videoschaltung nicht gestattet worden.
05.07.2017	Das Außenministerium bestellt den polnischen Botschafter ein. Zuvor hatte der polnische Außenminister Witold Waszczykowski erklärt, Polen werde sein Veto gegen die Aufnahme von Gesprächen zum EU-Beitritt der Ukraine einlegen, wenn »historische Fragen« zum polnisch-ukrainischen Verhältnis nicht geklärt würden. Wörtlich hatte er gesagt, mit Bandera komme die Ukraine nicht nach Europa. Stepan Bandera war Anführer des bewaffneten Arms der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), der Massaker an Polen und Juden in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs vorgeworfen werden. Bandera gilt vielen in der Ukraine als Nationalheld. Den offiziellen Titel »Held der Ukraine«, den der ehemalige Präsident Wiktor Juschtschenko Bandera postum verliehen hatte, erkannte ihm Präsident Wiktor Janukowytsch wieder ab.
06.07.2017	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet ein Gesetz, das die Integration der Ukraine in die NATO zur außenpolitischen Priorität erklärt.

06.07.2017	Das Nationale Antikorruptionsbüro veranlasst eine Durchsuchung im Hauptgebäude der Privatbank. Ihrem ehemaligen Chef Oleksandr Schlapak wird vorgeworfen, den Staat beim Kauf der Privatbank im Dezember 2016 mit illegalen Kreditgeschäften um hunderte Millionen US-Dollar betrogen zu haben.
06.07.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU eröffnet ein Verfahren gegen die beiden Männer, die am 30. Juni 2016 an der Küste nahe der Grenze zur Krim festgenommen worden waren und die die ukrainischen Behörden als Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB bezeichnen. Ihnen wird ein Angriff auf die territoriale Integrität der Ukraine vorgeworfen.
06.07.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärt, die ukrainischen Staatsschulden betrügen 80 % des Bruttoinlandsprodukts.
07.07.2017	Der zuständige Parlamentsausschuss stimmt dafür, dem Abgeordneten des Blocks Petro Poroschenko, Borislav Rosenblat, die Immunität zu entziehen und damit Ermittlungen gegen ihn zuzulassen. Ihm wird die Annahme von Schmiergeld von einer Bernstein-Firma vorgeworfen. Ukrainische Antikorruptionsermittler hatten am 19. Juni 2017 Mitarbeiter Rosenblats festgenommen, die nach Behördenangaben das Schmiergeld in Höhe von 300.000 US-Dollar an Rosenblat übergeben sollten.
08.07.2017	In Majorsk in der Region Donezk kommt ein Zivilist bei der Explosion eines nicht identifizierten Gegenstandes ums Leben.
08.07.2017	Im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg beraten der französische Präsident Emmanuel Macron, der russische Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Situation in der Ostukraine. Nach Angaben eines Vertreters der Bundesregierung unterstreichen alle die Wichtigkeit der Umsetzung des Waffenstillstands.
09.07.2017	US-Außenminister Rex Tillerson trifft zu einem Besuch in Kiew ein.
09.07.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman trifft in Kiew den Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres. Dieser sagt die Fortführung der humanitären Unterstützung der Ukraine durch die UN zu.
10.07.2017	In Odessa beginnt ein von den USA und der Ukraine gemeinsam ausgerichtetes Militärmanöver mit dem Namen Sea Breeze 2017, an dem Armeeangehörige aus insgesamt 16 Ländern teilnehmen.
10.07.2017	Präsident Petro Poroschenko kündigt an, an den Außengrenzen der Ukraine künftig biometrische Passkontrollen für einreisende Ausländer durchzuführen, bei denen Fingerabdrücke und digitale Fotos gespeichert werden. Dies sei im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus wichtig.
10.07.2017	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Oleksandr Turtschynow erklärt, ab dem Jahr 2018 gelte für russische Staatsbürger bei der Einreise in die Ukraine eine Registrierungspflicht. Vor Antritt der Reise müssten sie ihre Daten auf elektronischem Weg in ein Register eintragen. Die Informationen würden dann vom ukrainischen Außenministerium geprüft. Außerdem müssten sich russische Staatsbürger in Zukunft an ihrem Aufenthaltsort in der Ukraine registrieren und Angaben über Reisen innerhalb der Ukraine machen.
10.07.2017	Der Abgeordnete Borislav Rosenblat, dem das Parlament wegen Korruptionsvorwürfen am 07. Juli 2017 die Immunität entzogen hatte, wird aus der Fraktion des Blocks Petro Poroschenko ausgeschlossen.
11.07.2017	Der Europäische Rat nimmt einen Beschluss über den Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine an. Dies ist der letzte Schritt des Ratifizierungsprozesses. Mit dieser Entscheidung kann ab dem 01. September 2017 das Abkommen vollständig in Kraft treten. Die meisten Teile des Abkommens waren zuvor bereits vorläufig in Kraft getreten.
11.07.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman schaltet sich in die Gespräche mit der Billig-Airline Ryanair ein. Die Gespräche zwischen Ryanair und dem Kiewer Flughafen Borispil über die Aufnahme mehrerer Verbindungen nach Westeuropa waren am 10. Juli 2017 von Ryanair für gescheitert erklärt worden, da sich die Führung des Flughafens nicht an Abmachungen halte. Der Chef des Flughafens hatte hingegen erklärt, Ryanair habe ungesetzliche Forderungen gestellt. Hrojsman erklärt nun, die Gespräche seien wieder aufgenommen worden und man strebe eine Einigung an. Infrastrukturminister Wolodymyr Omeljan hatte zuvor der Führung des Flughafens die Schuld für den Konflikt gegeben.
11.07.2017	Im Parlament finden Abstimmungen über den Entzug der Immunität von vier Abgeordneten statt, die die Generalstaatsanwaltschaft beantragt hatte. Bei Jewgenij Dejdey aus der Fraktion Volksfront (Vorwurf der ungesetzlichen Bereicherung) sowie bei Andryj Losowyj aus der Fraktion der Radikalen Partei (Vorwurf der Steuerhinterziehung) stimmen nicht genügend Abgeordnete für den Entzug der Immunität. Bei den Abgeordneten der Gruppe Volkswille Oles Dowgij (Vorwurf der Bereicherung durch illegale Geschäfte mit Bauland) und Maxim Poljakow (Vorwurf der Annahme von Schmiergeld und Amtsmissbrauch) hingegen stimmen ausreichend Abgeordnete für den Entzug.

12.07.2017	Das internationale Komitee zum Schutz von Journalisten ruft Präsident Petro Poroschenko dazu auf, alle zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Aufklärung des Mordes an dem Journalisten Pawlo Scheremet einzusetzen. An die EU richtet das Komitee den Aufruf, sich deutlicher zu positionieren.
12.07.2017	Die Spezielle Antikorruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt im Fall der Ernennung Jurij Luzenkos zum Generalstaatsanwalt im Jahr 2016. Nach Angaben der Behörde werden mögliche Falschinformationen in einer Erklärung Luzenkos vor seiner Ernennung sowie eine mögliche Kompetenzüberschreitung hoher staatlicher Stellen untersucht. Konkret betrifft der zweite Vorwurf eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2016, die die Verpflichtung einer juristischen Ausbildung für Anwärter auf den Posten des Generalstaatsanwalts aufhob.
13.07.2017	Das Parlament nimmt ein Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts an. Änderungen werden u. a. bei der Bestellung der Richter, der Struktur des Gerichts und seinen Kompetenzen vorgenommen. Auch die Bezahlung der Richter wird deutlich angehoben.
13.07.2017	Das Parlament stimmt für den Entzug der Immunität, die Einleitung von Ermittlungen und die vorläufige Verhaftung des Abgeordneten des Oppositionsblocks Michaylo Dobkin. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihm gemeinschaftlichen Amtsmissbrauch und illegale Geschäfte mit Land vor.
13.07.2017	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung die Rentenreform von Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman. Das Gesetz sieht eine Anhebung der Bezüge für 5,6 Millionen Rentner und einen Mechanismus der jährlichen Anpassung vor. Das Renteneintrittsalter wird grundsätzlich nicht erhöht. Allerdings sieht das Gesetz vor, dass ab dem Jahr 2018 eine Person 25 Jahre lang ins Rentensystem eingezahlt haben muss, um mit 60 Jahren in Rente zu gehen. Bisher sind es nur 15 Jahre. Diese Zahl wird sich bis zum Jahr 2028 auf 35 Jahre erhöhen.
13.07.2017	Der fraktionslose Abgeordnete Wjatscheslaw Konstaninowskij, der im Jahr 2014 in einem Kiewer Wahlkreis direkt ins Parlament gewählt worden war, legt sein Mandat nieder.
14.07.2017	Nachdem der EU-Kommissionsvorsitzende Jean-Claude Juncker am Vortag in einem Kommentar während des EU-Ukraine-Gipfels die Gründung einer Antikorruptionskammer innerhalb des Obersten Gerichts angeregt hatte, kommt Widerspruch aus der Ukraine und der EU. Vertreter des Nationalen Antikorruptionsbüros erklären, nur die Schaffung eines eigenen Antikorruptionsgerichts sei ausreichend. Auch die Abgeordnete des EU-Parlaments Rebecca Harms zeigt sich von Junckers Äußerung überrascht. Am Folgetag erklärt ein EU-Sprecher, die Äußerung Junckers habe nicht die Bildung eines eigenen Antikorruptionsgerichts infrage gestellt.
14.07.2017	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, die Einführung einer Visapflicht für russische Staatsbürger würde Probleme bereiten, die Russland für sich ausnutzen würde. Die zuvor vom Nationalen Sicherheitsrat vorgestellten Maßnahmen zur Registrierung russischer Staatsbürger und zur Erhebung biometrischer Daten an der Grenze seien die bessere Lösung.
16.07.2017	Nach Angaben des ehemaligen Abgeordneten Egor Firsow bestätigen Vertreter der »Volksrepublik Donezk«, den Journalisten Stanislaw Aseew festgenommen zu haben. Er werde der Spionage beschuldigt. Im Juni 2017 war Aseew, der in Donezk lebt, verschwunden.
17.07.2017	In einer Umfrage der Kutscheriw-Stiftung für Demokratische Initiativen sprechen sich 70 % der Befragten für Kompromisse in der Frage des Donbass aus. 18 % unterstützen dagegen eine militärische Lösung des Konflikts. Insgesamt sprechen sich 60 % der Befragten für einen internationalen Peace-Keeping-Einsatz aus.
17.07.2017	Bei einem Treffen mit dem moldawischen Ministerpräsidenten Pavel Filip erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass die Ukraine Moldawien dabei unterstützen werde, die territoriale Souveränität des Staates wiederherzustellen. Poroschenko bezieht sich auf das international nicht anerkannte De-facto-Regime Transnistrien, das sich zwischen 1990 und 1992 von Moldawien abgespalten hat. Transnistrien erhält finanzielle Unterstützung aus Russland. Dort sind auch russische Truppen stationiert.
18.07.2017	Ein Vertreter des staatlichen Rüstungskonzerns Ukroboronprom erklärt, der Konzern habe im Jahr 2016 seine Exporte um 25 % gesteigert.
18.07.2017	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk« Oleksandr Sachartschenko schlägt vor, die beiden selbsternannten »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk mit 19 Regionen der Ukraine zum Staat Malorossija (deutsch »Kleinnordland«) zusammenzufassen. Der ukrainische Staat habe sich als lebensunfähig erwiesen. Ein Vertreter der »Volksrepublik Luhansk« erklärt, man bezweifle, dass dieser Schritt zielführend sei. Die Bundesregierung verurteilt diesen Vorschlag in einer Stellungnahme und ruft Russland auf, ihn ebenfalls zu verurteilen.
19.07.2017	Vor dem Jahrestag der Ermordung des Journalisten Pawlo Scheremet ruft Amnesty International die ukrainischen Behörden dazu auf, den Mord aufzuklären.

19.07.2017	Verteidigungsminister Stepan Poltorak erklärt, die Ukraine sei bereit, Lieferungen letaler Waffen aus den USA anzunehmen, wenn sich diese für solche entscheiden würden. Der Kongress hatte zuvor die Entsendung von Waffenlieferungen in die Ukraine beschlossen, die letztgültige Entscheidung liegt allerdings beim Präsidenten.
19.07.2017	Das Ministerkabinett beschließt einen Finanzierungsplan des Staatskonzerns Naftohaz mit umfanglichen Änderungen der Tarife für Endverbraucher: Eine ursprünglich geplante Erhöhung der Gastarife um 19 % wird gestrichen.
20.07.2017	Am Jahrestag der Ermordung des Journalisten Pawlo Scheremet ruft der EU-Botschafter in der Ukraine, Hugues Mingarelli, die ukrainischen Behörden auf, den Fall schnell und transparent aufzuklären. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärt, die Ermittlungen würden dadurch behindert, dass die russischen Behörden den ukrainischen Ermittlern die Kooperation für notwendige Untersuchungen in Russland verweigern würden.
21.07.2017	Der Konzern Siemens erklärt, dass er seine Lieferungen von Energietechnologie an russische Firmen einstellen werde. Zuvor hatte eine russische Firma von Siemens hergestellte Turbinen in ein Kraftwerk auf der Krim transportiert und damit die geltenden EU-Sanktionen gebrochen.
21.07.2017	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko erklärt, die vom Parlament beschlossenen Änderungen im Staatshaushalt sähen eine Erhöhung der Gehälter für Staatsanwälte auf regionaler und lokaler Ebene vor. Ihre Bezüge steigen demnach um bis zu 70 %, diejenigen der Verwaltungsangestellten in den Behörden um 30 %.
22.07.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, seit Anfang des Jahres 2017 seien im Donbass 59 Zivilisten ums Leben gekommen. Das sei ein Anstieg von 50 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
24.07.2017	Der staatliche Eigentumsfonds schreibt in Staatsbesitz befindliche Anteile von acht regionalen Energiekonzernen zur Privatisierung aus. In den Auktionen strebt der Staat Einnahmen in Höhe von etwa 300 Millionen US-Dollar an.
24.07.2017	Präsident Petro Poroschenko, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron und der russische Präsident Wladimir Putin führen ein zweistündiges Telefongespräch zum Konflikt in der Ostukraine. Der Chef der OSZE-Beobachtermission Ertuğrul Apakan und sein Stellvertreter Alexander Hug berichten ihnen vom Fortgang des Konflikts, der sich in den vergangenen Tagen wieder verschärft hat. Nach Angaben seiner Pressestelle fordert Poroschenko den Einsatz einer UN-Friedensmission.
25.07.2017	US-Präsident Donald Trump beschuldigt in einem Tweet die Ukraine, sich im Jahr 2016 zu Gunsten von Hillary Clinton in den US-Wahlkampf eingemischt zu haben. Er fordert eine Untersuchung des Falles durch Justizminister Jeff Sessions. Aus der ukrainischen Botschaft in Washington verlautet daraufhin, die Regierung der Ukraine habe keine der beiden Seiten im US-Wahlkampf unterstützt. Man bedanke sich außerdem für die überparteiliche Unterstützung der Ukraine.
25.07.2017	Wiktor Nasarenko, der Chef des staatlichen Grenzschutzes, tritt nach offiziellen Angaben aus gesundheitlichen Gründen zurück. Am gleichen Tag ernennt Präsident Petro Poroschenko mit Petro Zyhykal einen Nachfolger.
26.07.2017	Der Chef des Energiekonzerns Ukrenergo, Wsewolod Kowaltschuk, gibt bekannt, dass die Ukraine ihre Energielieferungen in die von Separatisten kontrollierten Gebiete nun vollständig eingestellt habe. Vertreter der »Volksrepublik Donezk« bestätigen dies.
27.07.2017	Die Präsidialverwaltung bestätigt, dass Präsident Petro Poroschenko dem ehemaligen Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen habe. Grund dafür seien falsche Angaben Saakaschwilis bei der Annahme der ukrainischen Staatsbürgerschaft im Jahr 2015. Saakaschwili, der sich zurzeit in den USA aufhält, kündigt an, die Entscheidung gerichtlich anzufechten.
28.07.2017	Der US-Senat verabschiedet ein Gesetz, das die Sanktionen gegen Russland verschärft. Zuvor hatte bereits das Repräsentantenhaus das Gesetz gebilligt. Das Gesetz sieht unter anderem auch Strafmaßnahmen gegen nicht-russische Firmen vor, wenn sie mit russischen Energiekonzernen zusammenarbeiten, die von den Sanktionen betroffen sind.
30.07.2017	Bei einem Besuch in Estland bezeichnet US-Vizepräsident Mike Pence das Verhalten Russlands im Ukraine-Konflikt als nicht hinnehmbar.
31.07.2017	Nach Angaben des Außenministeriums haben seit 2005 insgesamt 87.376 Menschen ihre ukrainische Staatsbürgerschaft abgegeben. Entzogen wurde sie 333 Personen.
31.07.2017	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das am 13. Juli 2017 verabschiedete Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts. Zuvor hatten Menschenrechts-NGOs, u. a. Amnesty International und die Charkiwer Menschenrechtsgruppe, Poroschenko dazu aufgerufen, es nicht zu unterschreiben. Sie kritisieren, dass der Menschenrechtsbeauftragte laut dem Gesetz künftig in offener Abstimmung vom Parlament gewählt werden soll. Dies politisiere das Amt auf unzulässige Weise.

01.08.2017	Ein Freihandelsabkommen mit Kanada tritt in Kraft. Die Aufhebung von Importzöllen bedeutet für den ukrainischen Staat nach offiziellen Prognosen im ersten Jahr einen Verlust in Höhe von etwa 1,2 Millionen US-Dollar. Die entstehenden Verluste sollen durch verstärkte Direktinvestitionen kompensiert werden.
02.08.2017	Nach Angaben von Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko urteilt ein Kiewer Gericht, dass die Verträge, mit denen im Jahr 2007 die staatliche Residenz Meshigorie in Privatbesitz überführt wurde, ungültig seien. Nach der Flucht Janukowytchs, der als Präsident in dem Anwesen gelebt hatte, war es wieder verstaatlicht worden.
02.08.2017	Der stellvertretende Infrastrukturminister kündigt an, Klage gegen Russland einzureichen. Der Bau einer Brücke vom russischen Festland auf die Krim durch Russland führt zu einer Einschränkung des Schiffsverkehrs durch den Kanal von Kertsch. Dies führe dazu, dass ukrainische Häfen im Asowschen Meer – in Mariupol und Berdjansk – einen Umsatzausfall zu verzeichnen hätten.
02.08.2017	US-Präsident Donald Trump unterzeichnet ein Gesetz, das neben Sanktionen gegen Iran und Nordkorea auch weitere Sanktionen gegen Russland vorsieht. Das Gesetz sieht unter anderem auch Strafmaßnahmen gegen nicht-russische Firmen vor, die mit von den Sanktionen betroffenen russischen Energiekonzernen zusammenarbeiten.
03.08.2017	Die Nationalbank belässt den Leitzins bei 12,5%.
03.08.2017	Ein Vertreter der Nationalbank kündigt für den 3. August 2017 die Rückzahlung einer ersten Rate des Kredits des Internationalen Währungsfonds an. Die Rückzahlung von insgesamt 450 Millionen US-Dollar erfolgt unter Rückgriff auf die Goldreserven der Ukraine.
04.08.2017	Aufgrund der aktuellen Hitzewelle bittet der stellvertretende Ministerpräsident Pawlo Rosenko die privaten Arbeitgeber, ihren Angestellten eine flexible Arbeitsgestaltung zu gewähren.
04.08.2017	Auf der Krim wird der pro-ukrainische Aktivist Wladimir Baluch zu einer Freiheitsstrafe in Höhe von drei Jahren und sieben Monaten und zu einer Geldbuße von 10.000 Rubeln (etwa 139 Euro) verurteilt. Ihm wird die illegale Lagerung von Waffen auf dem Speicher seines Hauses zur Last gelegt. Baluch weist die Vorwürfe weiterhin zurück.
04.08.2017	Infolge der Kontroverse um Turbinen der Firma Siemens, die im Juli 2014 entgegen den Absprachen und unter Verletzung der Wirtschaftssanktionen der EU auf die Krim transportiert worden sind, verlängert die EU die Sanktionsliste. Drei Personen und drei Firmen, die am Transport der Turbinen auf die Krim beteiligt waren, werden der Liste hinzugefügt.
05.08.2017	Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner fordert, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland zu verbessern. Dazu solle die Annexion der Krim als »dauerhaftes Provisorium« betrachtet werden. So könne der Krim-Konflikt »eingekapselt« werden, um an anderer Stelle Fortschritte zu erzielen.
07.08.2017	Der staatliche Katastrophenschutzdienst meldet, dass in der vergangenen Woche 99 Menschen in Gewässern ums Leben gekommen seien. Ein Grund für die laut der Behörde ungewöhnlich hohe Zahl sei die enorme Hitze.
07.08.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug ruft die ukrainische Armee auf, Minen auf einer Brücke im Ort Schtschastje zu entfernen. Die Zivilbevölkerung und die Beobachtermission könnten die Brücke im aktuellen Zustand nicht benutzen.
08.08.2017	Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge haben seit dem Jahr 2014 über 400.000 ukrainische Staatsbürger in Russland Asyl beantragt. Dem stehen z. B. etwa 9.600 ukrainische Flüchtlinge in Deutschland, 9.300 in Italien, 4.300 in Polen, 3.500 in Frankreich und 3.100 in Schweden gegenüber.
08.08.2017	Die Nationalgarde zieht außerplanmäßig etwa 1.000 junge Männer im wehrfähigen Alter ein. Der Schritt erfolgt auf Basis eines Dekrets des Präsidenten Petro Poroschenko vom Juli 2017. Ein Sprecher erklärt, die neuen Rekruten würden nicht an der Front eingesetzt.
08.08.2017	Der Chef der staatlichen Eisenbahn, Wojzech Baltschun, tritt zurück. Der stellvertretende Infrastrukturminister Jewgenij Krawzow wird als kommissarischer Nachfolger eingesetzt.
09.08.2017	Die Regierung hebt den Minimalpreis für eine Halbliterflasche Wodka von 69,78 Hrywnja auf 75,55 Hrywnja (etwa 2,50 Euro) an.
10.08.2017	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, nimmt von seinem Vorschlag, 19 Regionen der Ukraine inklusive der von Separatisten kontrollierten Gebiete zu dem neuen Staat »Kleinrussland« zu verbinden, wieder Abstand.
11.08.2017	Ein Kiewer Gericht ordnet Untersuchungshaft für sieben leitende Mitarbeiter von staatlichen und privaten Firmen an. Ermittler werfen ihnen die Beteiligung an einem Korruptionsnetzwerk vor, das unter dem Namen Stena (dt.: Wand) bekannt geworden ist.
13.08.2017	Bei Staniza Luhanska an der Frontlinie bedroht ein Unbekannter Angehörige der OSZE-Beobachtermission mit einem Sturmgewehr. Die Patrouille zieht infolgedessen von ihrem Posten ab.

14.08.2017	Die Nationale Antikorruptionsagentur erhebt Vorwürfe gegen den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, den ehemaligen Abgeordneten Petro Simonenko. Eine Analyse des Finanzierungsberichts der Partei für das erste Quartal des Jahres 2017 habe ergeben, dass Simonenko bei der Annahme von Parteispenden mehrfach gegen die geltende Rechtslage verstoßen habe.
14.08.2017	Der Rüstungskonzern Juschasch weist Berichte der New York Times zurück, nach denen Zünder aus der Produktion des Konzerns bei Raketentests in Nordkorea zum Einsatz gekommen sein könnten. Entgegen den Vermutungen des Artikels liefere man keine Raketen oder Raketenteile nach Russland und es habe zu keiner Zeit Kontakt zu nordkoreanischen Rüstungs- oder Weltraumprogrammen bestanden.
14.08.2017	Das Finanzministerium kündigt an, den Anteil der Studenten, die ein staatliches Stipendium erhalten, von zurzeit etwa 40 bis 45 % auf 25 % im Jahr 2018 und auf 15 % im Jahr 2020 zu reduzieren. Gleichzeitig soll die Summe der ausgezahlten Stipendien auf das Existenzminimum und später auf den Mindestmonatslohn angehoben werden.
15.08.2017	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB meldet die Vereitelung mehrerer Angriffe auf Infrastruktur der Krim und erklärt, in diesem Zusammenhang einen Agenten des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU festgenommen zu haben. Später meldet die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti, die betreffende Person habe ein Geständnis abgelegt. Der SBU weist die Meldung in einer Stellungnahme zurück und kritisiert, das Geständnis sei eine »Provokation«.
16.08.2017	Medien melden, der ehemalige Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk halte Anteile an einer Firma, der der Fernsehsender Espresso.TV gehört. Unter den Anteilseignern seien auch die Ehefrau des Innenministers Arsen Awakow und die Ehefrau des Abgeordneten der Fraktion Volksfront, Mykolaj Knjaschtschkyj. Letztere hatte im Jahr 2013 den Kanal mitgegründet.
16.08.2017	Medien der »Volksrepublik Donezk« melden, dass Saboteure im Dienst des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU festgenommen worden seien, die einen Anschlag auf den Fernsehturm in Donezk geplant hätten. Der SBU dementiert die Meldung.
17.08.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman meldet die Veröffentlichung eines Online-Registers der Letztbegünstigten aller ukrainischen Firmen. Das Register ist öffentlich zugänglich. Nach Angaben Hrojsmans sei die Ukraine das erste Land der Welt, das dieser Forderung der Antikorruptions-NGO Transparency International nachgekommen sei.
18.08.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin und der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besuchen die Krim.
19.08.2017	Die Zentrale Wahlkommission setzt für den 29. Oktober 2017 Lokalwahlen in insgesamt 202 Städten und Gemeinden an.
21.08.2017	Die Nationale Antikorruptionsagentur findet Fehler in den elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklarationen von drei stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Minister für Regionalentwicklung, Hennadyj Subko. Subko habe in seiner Deklaration für das Jahr 2015 z. B. ein Wohnhaus nicht angegeben.
21.08.2017	In Minsk treffen sich der Berater des russischen Präsidenten, Wladislaw Surkow, und Kurt Walker, ein Vertreter der USA. Surkow erklärt später, beide Seiten hätten Ideen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen eingebracht.
22.08.2017	Der formal für die Krim zuständige ukrainische Staatsanwalt Hjundus Mamedow erklärt, die Generalstaatsanwaltschaft ermittle gegen Natalja Poklonskaja, die nach der Annexion der Krim durch Russland dort für einige Zeit Staatsanwältin war. Ihr werden Landesverrat und das Verbot des Medschlis, der Vertretung der Krimtataren, vorgeworfen.
23.08.2017	Wirtschaftsminister Stepan Kubow weist mehrere staatliche Agenturen an, eine Analyse des drastischen Anstiegs der Preise für Autogas durchzuführen und Vorschläge zur Lösung des Problems zu unterbreiten. In wenigen Tagen war der Preis in Kiew von 13,50 Hrywnja auf bis zu 16,50 Hrywnja (etwa 0,55 Euro) pro Liter gestiegen.
24.08.2017	Präsident Petro Poroschenko trifft US-Verteidigungsminister James Mattis. Nach Angaben seiner Pressestelle fordert Poroschenko erneut die Einsetzung einer UN-Blauhelmission im Donbass.
24.08.2017	Präsident Petro Poroschenko erklärt bei der Militärparade anlässlich des ukrainischen Unabhängigkeitstages, die ukrainische Armee sei bereit, im Falle eines Angriffs aus Russland einen harten Gegenangriff zu führen.
25.08.2017	Im Zentrum Kiews kommt es zu einer Explosion, bei der zwei Zivilisten verletzt werden. Nach Angaben des Generalstaatsanwalts Jurij Luzenko warfen Unbekannte einen Sprengsatz in einen Transporter, der Soldaten beförderte. Der Sprengsatz prallte jedoch an der Außenwand des Fahrzeugs ab, fiel auf den Gehweg und explodierte dort.

26.08.2017	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass sie bei Kontrollen der Waffenlager der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk mehrere schwere Waffen, die laut den Minsker Vereinbarungen dort gelagert werden sollten, nicht aufgefunden habe.
26.08.2017	Die Ratingagentur Moody's setzt die Bonitätsbewertung der Ukraine von Caa3 auf Caa2 herauf und ändert die Prognose von »stabil« auf »positiv«.
27.08.2017	Die OSZE-Beobachtermission berichtet über einen Rückgang der Anzahl der Verletzungen des Waffenstillstands im Donbass.
27.08.2017	In Kiew verursacht der Sohn des Abgeordneten Nestor Schufritsch mit einem Bentley einen Unfall. An einem Fußgängerüberweg verletzt er eine Person schwer.
28.08.2017	Die Bundesrepublik Deutschland stellt der Ukraine über UNICEF insgesamt 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel sollen zur Verbesserung der humanitären Situation von Kindern im Donbass eingesetzt werden.
28.08.2017	In einer gemeinsamen Erklärung rufen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emanuel Macron die Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, dazu auf, größere Anstrengungen zu unternehmen, um den Waffenstillstand im Donbass einzuhalten.
29.08.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU meldet, er habe zwei spanische Journalisten an der Einreise gehindert. Grund seien ihre »antiukrainischen« Publikationen. Beide waren bereits im Jahr 2015 mit Einreisesperren belegt worden, die aber nach Protest der spanischen Regierung im Jahr 2016 wieder aufgehoben wurden.
29.08.2017	In einer gemeinsamen Aktion nehmen die Generalstaatsanwaltschaft und der Inlandsgeheimdienst SBU in Mykolajiw fünf Personen fest. Darunter befindet sich auch ein unter dem Decknamen Multik bekannter Anführer einer organisierten Bande. Nach Angaben des Generalstaatsanwalts Jurij Luzenko werden die Festgenommenen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verdächtigt, die in den Jahren 2008 bis 2017 zahlreiche Verbrechen verübt habe, u. a. Entführungen und gewaltsame Übernahmen von privatem und staatlichem Eigentum.
30.08.2017	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Oleksandr Turtschynow kündigt an, die Ausgaben für Verteidigung würden im Jahr 2018 nicht weniger als fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.
30.08.2017	Ein Gericht in Wien entscheidet, einem Gesuch Spaniens, den ukrainischen Unternehmer Dmytro Firtasch auszuliefern, nicht stattzugeben. Firtaschs Anwälte erklären, das Auslieferungsgesuch sei auf Bitten der USA gestellt worden und politisch motiviert. Firtasch war im Mai 2014 in Österreich festgenommen worden, später aber gegen Kaution freigekommen.
30.08.2017	Die OSZE kritisiert die Entscheidungen der ukrainischen Behörden, die kürzlich eine russische Journalistin nach Russland ausgewiesen und zwei spanischen Journalisten die Einreise verweigert hatten. In einem Brief an Außenminister Pawlo Klimkin erinnert der OSZE-Bbeauftragte für Pressefreiheit, Harlem Désir, an die Selbstverpflichtung der OSZE-Mitgliedsstaaten, für gute Arbeitsbedingungen für Journalisten zu sorgen.
01.09.2017	Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine tritt vollumfänglich in Kraft. Die meisten Teile des Abkommens waren jedoch bereits zuvor vorläufig in Kraft getreten. Der wirtschaftliche Teil des Abkommens gilt bereits seit Januar 2016.
01.09.2017	Nach offiziellen Angaben transportiert die Ukraine 23 % mehr russisches Erdgas nach Europa als im Vorjahreszeitraum. Die Ukraine selbst importiert seit November 2015 kein Erdgas mehr aus Russland. Stattdessen reimportiert sie Gas aus europäischen Ländern – v. a. aus der Slowakei.
01.09.2017	Nach Angaben des stellvertretenden Chefs der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, war der einige Tage vor dem Schulbeginn am 01. September in Kraft getretene neue Waffenstillstand im Donbass nicht von Dauer. Eine Woche nach seinem Inkrafttreten seien beide Seiten nicht fähig, das Abkommen vollständig einzuhalten.
01.09.2017	Präsident Petro Poroschenko kündigt für den Beginn des Jahres 2018 die Erfassung biometrischer Daten aller Einreisenden an.
02.09.2017	Die Pressesprecherin der von Michail Saakaschwili gegründeten Partei Bewegung der neuen Kräfte, Marijana Poschtar, wird an der Grenze zu Polen festgenommen. Der ukrainische Grenzschutz wirft ihr vor, dort unbefugte Foto- und Filmaufnahmen gemacht zu haben. Sie wird nach wenigen Minuten wieder freigelassen. David Saakaschwili, der Bruder Michail Saakaschwilis, wird von den ukrainischen Migrationsbehörden verhört und angewiesen, die Ukraine zu verlassen, weil seine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis seit April 2017 abgelaufen sei. Ihm wird die Zwangsausweisung angedroht. Michail Saakaschwili selbst befindet sich seit seinem Rücktritt als Gouverneur der Region Odessa in einem Konflikt mit dem Präsidenten Petro Poroschenko und einigen von Poroschenkos Unterstützern, etwa Innenminister Arsen Awakow. Poroschenko hatte kürzlich Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen. Saakaschwili hält sich zurzeit im Ausland auf.

03.09.2017	Einige Graffiti, die während der Maidan-Proteste entstanden sind, werden von der Fassade eines exklusiven Möbelgeschäfts entfernt. Das Ukrainische Museum für Nationale Erinnerung sowie Vizepremier Wjatscheslaw Kirilenko fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung wegen Zerstörung eines Museumsexponats bzw. Denkmals. Wenig später leitet die Staatsanwaltschaft ein Verfahren ein. Der Leiter des Möbelgeschäfts nennt die Graffiti »typische Straßenkunst, die von Zeit zu Zeit von der Kommune entfernt« würde.
05.09.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt die Prioritäten der Regierung für den Staatshaushalt des Jahres 2018 an. Diese seien der Ausbau der fiskalischen Dezentralisierung, die Unterstützung von Industrie und Landwirtschaft sowie Investitionen in Gesundheitswesen und Verteidigung sowie Straßenbau.
05.09.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, er unterstütze die Idee, Friedenstruppen der UN in die Ostukraine zu entsenden, und nennt einige Bedingungen. Die Aufgabe dieser Mission müsse darin bestehen, die Sicherheit der OSZE-Beobachtermission zu gewährleisten. Sie dürfe sich nur auf dem Gebiet der Frontlinie aufhalten und könne erst nach Abzug aller schweren Waffen von dieser Linie eingesetzt werden. Dazu müsse die Initiative in direkter Absprache mit Vertretern der selbsternannten »Volksrepubliken« aus Donezk und Luhansk umgesetzt werden.
05.09.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass sich die Zahl der Opfer im Konflikt in der Ostukraine erhöhen könne, falls die USA Waffen an die Ukraine liefern würden. Im US-Parlament wird zurzeit an einem Gesetz gearbeitet, das die Lieferung letaler Waffen in die Ukraine vorsieht.
05.09.2017	Nach Angaben des Justizministeriums ersucht Georgien die Ukraine um die Auslieferung Michail Saakaschwilis. Der ehemalige Präsident Georgiens werde dort unter anderem wegen Amtsmissbrauchs gesucht.
06.09.2017	Im Zentrum von Kiew demonstrieren neben dem Parlamentsgebäude mehrere Tausend Besitzer von Autos mit ausländischer Registrierung. Sie fordern eine einfachere Registrierungsmöglichkeit für Autos aus dem Ausland. Zurzeit kaufen viele Menschen Autos mit ausländischer Registrierung, die von Firmen unter Umgehung der geltenden Gesetze eingeführt wurden. Der Handel floriert, da Autos auf dem offiziellen ukrainischen Markt erheblich teurer sind.
07.09.2017	Die OSZE-Beobachtermission meldet für die vergangene Woche die niedrigste Zahl an Verstößen gegen die Waffenruhe seit Beginn des Jahres.
07.09.2017	Bei einer Rede im Parlament schlägt Präsident Petro Poroschenko vor, die Immunität von Abgeordneten zum Jahr 2020 abzuschaffen.
07.09.2017	Die Polizei beginnt eine landesweite Operation gegen illegalen Besitz und Weitergabe von Feuerwaffen. Nach Angaben des Chefs der Kriminalpolizei, Wjatscheslaw Abroskin, sei ein Ziel der Aktion, die Ausfuhr von Waffen aus den Gebieten der so genannten »Anti-Terror-Operation« im Osten des Landes zu unterbinden.
08.09.2017	Nach Angaben der ukrainischen Vertreterin in der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen der trilateralen Kontaktgruppe aus Vertretern der OSZE, Russlands und der Ukraine, Irina Heraschtschenko, bestätigen Vertreter der Separatisten im Donbass, dass der im Juni 2017 in Donezk verschwundene Journalist Stanislaw Asejew in Gefangenschaft sei.
08.09.2017	Außenminister Pawlo Klimkin äußert sich zum Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu UN-Friedenstruppen im Donbass. Putins Vorschlag, die Mission lediglich auf dem Territorium an der Frontlinie einzusetzen, zeuge davon, dass Russland das Territorium der selbsternannten »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk durch den Einsatz der Mission legitimieren wolle.
08.09.2017	Bei der Explosion einer Autobombe kommt in Kiew der Fahrer des Wagens ums Leben. Eine Frau, die ebenfalls im Wagen saß, wird verletzt. Später wird bekannt, dass der Fahrer georgischer Staatsbürger war. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärt, es handle sich um einen gezielten Anschlag. Alle Verbindungen des Opfers würden eingehend untersucht.
10.09.2017	Der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, überquert die polnisch-ukrainische Grenze mit einigen Dutzend Unterstützern, darunter auch einige Abgeordnete, ohne sich von den ukrainischen Beamten kontrollieren zu lassen. Bei dem Handgemenge werden nach Angaben des Innenministeriums elf Polizisten und fünf Grenzschrützer verletzt. Der Grenzschutz kündigt an, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden.
11.09.2017	Auf der Krim wird der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des mittlerweile von den russischen Behörden verbotenen Medschlis der Krimtataren, Achtem Tschijgos, zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Die Anklage lautete auf Organisation von Massenunruhen am 26. Februar 2014. Tschijgos hatte damals an einer Demonstration vor dem Parlament der Krim teilgenommen, bei der es zu Zusammenstößen zwischen pro-ukrainischen und pro-russischen Demonstranten gekommen war.

11.09.2017	Nach einem Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel meldet die Pressestelle der russischen Regierung, Putin habe in dem Gespräch seine Bereitschaft erklärt, UN-Friedenstruppen mit einem Mandat für das gesamte von der OSZE-Beobachtermission abgedeckte Gebiet auszustatten.
12.09.2017	Die Chefin der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtslage in der Ukraine, Fiona Frazer, drückt ihre Besorgnis angesichts der Tatsache aus, dass der Mord an dem ukrainischen Journalisten Pawlo Scheremet noch immer nicht aufgeklärt sei. Scheremet war im Juli 2016 bei der Explosion einer Autobombe in Kiew getötet worden.
13.09.2017	In der Ukraine trifft die erste Steinkohlelieferung aus den USA im Umfang von 62.000 Tonnen ein. Der ukrainische Konzern Zentrenergohatte zuvor einen Vertrag mit dem US-Konzern XCOAL Energy & Resources über die Lieferung von insgesamt 700.000 Tonnen abgeschlossen.
14.09.2017	Das US-Außenministerium äußert sich zum Vorschlag einer UN-Friedensmission im Donbass. Diese müsse das gesamte Territorium der selbsternannten »Volksrepubliken« einschließlich der Grenze zu Russland überwachen.
14.09.2017	Die Außenminister Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und Ungarns wenden sich in einem gemeinsamen Brief an das ukrainische Außenministerium. Sie drücken darin ihre Sorge darüber aus, dass das am 5. September 2017 verabschiedete neue Bildungsgesetz das Recht von Minderheiten verletzen könnte, Schulunterricht in ihrer Muttersprache abzuhalten. Das Gesetz sieht vor, dass der Schulunterricht grundsätzlich auf Ukrainisch abgehalten werde, dass allerdings einzelne Fächer auch in einer Minderheitssprache unterrichtet werden könnten – wie etwa Literatur.
14.09.2017	Die EU verlängert die Sanktionen gegen russische Individuen und juristische Personen im Zusammenhang mit der Intervention in der Ostukraine um sechs Monate.
14.09.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU fordert die Chefredaktion der Internetzeitung Ukrainska Prawda dazu auf, einen Artikel vom Januar 2017 aus dem Netz zu nehmen, in dem die Zeitung über das Scheitern eines Reformprogramms der Rüstungsindustrie berichtet hatte. Nach Angaben des SBU enthält der Text Staatsgeheimnisse. Auf Anfrage erklärt Präsident Petro Poroschenko, die Anfrage des SBU sei unzulässig. Am Folgetag erklärt der SBU, man habe nicht vor, Maßnahmen gegen die Zeitung zu ergreifen. Man suche stattdessen nach demjenigen Staatsbediensteten, der die Informationen an die Zeitung weitergegeben hatte.
15.09.2017	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beschuldigt den Inlandsgeheimdienst SBU, die in Russland lebende ukrainische Staatsbürgerin Darja Mastikaschewa zwei Tage lang grundlos festgehalten, gefoltert und zu einem falschen Geständnis gezwungen zu haben. Der Dienst hatte sie im August 2016 beschuldigt, im Auftrag des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB in der Ostukraine Personen angeworben zu haben, die in Russland Terroranschläge verüben sollten – um sie dann der ukrainischen Seite zur Last zu legen. Mastikaschewas Verteidigung erklärt, es gebe keinerlei Belege für diese Anschuldigungen.
15.09.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt eine Anhebung der Mittel für die lokale Verwaltung um 32 % an. Mit steigenden Möglichkeiten steige auch die Verantwortung der lokalen Ebene, erklärt er. Die Maßnahme ist Teil der Dezentralisierungskampagne der ukrainischen Regierung.
15.09.2017	17 Jahre nach dem Mord an dem Journalisten Georgij Gongadse, der bis heute nicht aufgeklärt ist, veröffentlichten Journalisten und NGO-Aktivisten eine gemeinsame Stellungnahme. Sie fordern von den Staatsorganen den uneingeschränkten Schutz des Rechts auf Information und eine Sicherheitsgarantie für Journalisten.
16.09.2017	Bei einem Brand in einem Ferienlager in Odessa kommen drei Kinder ums Leben. Vor dem Stadtparlament kommt es daraufhin zu Ausschreitungen, als aufgebrachte Bürger – darunter auch Eltern der Kinder – versuchen, das Gebäude zu stürmen. Die Polizei setzt Tränengas ein.
18.09.2017	In Charkiw wird ein Antikorruptionsaktivist von zwei Unbekannten angegriffen und verprügelt. Nach Angaben des Charkiwer Antikorruptionszentrums, einer NGO, ist dieser Angriff auf einen Mitarbeiter bereits der zweite innerhalb eines Monats.
18.09.2017	Ein Gericht in Odessa spricht 20 Angehörige des so genannten Antimaidan frei. Die Anklage hatte ihnen Organisation und Beteiligung an Massenunruhen vorgeworfen, die am 2. Mai 2014 in Odessa stattgefunden hatten. Laut Gericht konnte die Anklage die Vorwürfe nicht schlüssig belegen, der einzige Zeuge der Anklage sei voreingenommen. Die Zusammenstöße zwischen pro-ukrainischen Demonstranten und Nationalisten einerseits und Aktivisten des Antimaidan andererseits waren im Brand des Gewerkschaftshauses kulminiert, bei dem 48 Menschen ums Leben gekommen waren – vor allem pro-russische Demonstranten des Antimaidan. Infolge der Entscheidung kommt es vor dem Gericht zu Zusammenstößen zwischen einigen Aktivisten und der Polizei. Noch im Gerichtssaal nimmt der Inlandsgeheimdienst SBU zwei der Freigesprochenen wieder fest. Der Vorwurf lautet auf Angriff auf die territoriale Integrität der Ukraine. Journalisten werden aufgefordert, den Saal zu verlassen.

19.09.2017	Der US-Senat bestätigt ein Gesetzesprojekt, das die Zahlung von 500 Millionen US-Dollar an die Ukraine zur Unterstützung ihrer Verteidigungsfähigkeit vorsieht. Das Projekt enthält die Option der Lieferung letaler Waffen an die Ukraine.
19.09.2017	Das Komitee zum Schutz von Journalisten wirft dem ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU vor, in den vergangenen zwei Monaten in sieben Fällen Journalisten aus politischen Gründen unter Druck gesetzt zu haben. Die Aktivitäten des Geheimdienstes stellen eine bedeutende Bedrohung der Pressefreiheit in der Ukraine dar. Das Komitee ruft den Präsidenten Petro Poroschenko in einem Brief dazu auf, die Sicherheit von Journalisten zu gewährleisten.
20.09.2017	Einige Hundert Aktivisten der rechtsradikalen Partei Freiheit demonstrieren vor dem Stadtparlament von Odessa. Im Zusammenhang mit dem Brand in einem Ferienlager am 16. September 2017, bei dem drei Kinder ums Leben gekommen waren, fordern sie den Rücktritt des Bürgermeisters Gennadij Truchanow und die Selbstauflösung des Stadtparlaments. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei, einige Aktivisten stürmen die Sitzung des Parlaments.
21.09.2017	In New York trifft Präsident Petro Poroschenko den US-Präsidenten Donald Trump. Poroschenko erklärt später, er sei sehr zufrieden mit dem Treffen. Die USA hätten ihm ihre Unterstützung der ukrainischen Position in der Frage der UN-Friedenstruppen im Donbass zugesichert.
22.09.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, die Mission habe Angehörige der Streitkräfte beider Seiten des Konflikts im Donbass auf Territorien ausgemacht, von denen sie sich bereits zum Rückzug verpflichtet hatten. Zusammenfassend stellt er fest, dass beide Seiten weiterhin die Vereinbarungen des Waffenstillstands und des Abzugs schwerer Waffen verletzen. Die Zahl der Verletzungen des Waffenstillstands sei allerdings erneut zurückgegangen.
22.09.2017	Ein russisches Gericht auf der Krim verurteilt den Journalisten Nikolaj Semjona wegen Aufrufen zur Verletzung der territorialen Integrität Russlands zu zweieinhalb Jahren auf Bewährung.
22.09.2017	Der stellvertretende Chef der Nationalbank erklärt, man werde keine Kryptowährungen anerkennen.
22.09.2017	Wegen illegalen Grenzübertritts wird der ehemalige Präsident Georgiens und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, zur Zahlung einer Strafe in Höhe von 3.400 Hrywnja (etwa 107 Euro) verurteilt. Saakaschwili hatte am 10. September zusammen mit einigen Dutzend Unterstützern die polnisch-ukrainische Grenze überquert, ohne sich von den Beamten kontrollieren zu lassen.
23.09.2017	Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti berichtet von zwei Explosionen in Donezk, bei denen der »Minister für Einnahmen und Gebühren«, Oleksandr Timofejew, schwer verletzt wird. Die Nachrichtenagentur der »Volksrepublik Donezk« DAN bestätigt die Explosionen, bestreitet aber, dass Timofejew verletzt wurde. Am Abend meldet sie, sechs Verdächtige seien festgenommen worden. Es handle sich um Angehörige ukrainischer Geheimdienste. Am Folgetag dementiert das ukrainische Innenministerium diesen Vorwurf.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>